Kamener Zeitung

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der

Märkischen Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für die Stadt Kamen.

Freiwillige Unfall-Unterstützung nach Maßgabe der veröffentlichten und in der Geschäftsstelle einzusehenden Bedingungen.

Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Petitzeile 15 Pf., Reklamezeile 60 Pf. Bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. Jeder Rabatt gilt als Kassarabatt und erlischt bei Nichteinhaltung unserer Zahlungsbedingungen, sowie bei Konkursen, Zwangsvergleichen und gerichtlichen Klagen. Für die Aufnahme an bestimmt vorgeschriebenen Stellen wird keine Gewähr geleistet.

Erscheint täglich mit der Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim". Monatlicher Bezugspreis 75 Pf. durch die Post bezogen vierteljährlich 2.25 Mk. Verlag der Kamener Zeitung, G. m. b. H., in Kamen. Geschäftsstelle Kamen, Westfir. 10. Fernsprecher Nr. 1. Für die richtige Ausführung telephonisch aufgegebener Anzeigen wird jede Verantwortung abgelehnt. Für die Redaktion verantwortlich: H. Schubeis.

Nr. 75 (1. Blatt) — Donnerstag, den 29. März 1917 — 45. Jahrgang

Rußland muß Frieden schließen.

Ein für uns günstiges Gefecht im Westen. — Neue Opfer der U-Boote. — Der Konflikt Herrenhaus - Abgeordnetenhaus.

Nikolai Nikolajewitsch über Russlands schlechte Lage.

(TU) **Wie ein Gewährsmann der „Voss. Ztg." aus London meldet, hat im russischen Hauptquartier, nach dem „Petit Parisien", der gegenwärtig dort weilende Großfürst Nikolai Nikolajewitsch sich gegenüber französischen Offizieren sehr ungünstig über den Verlauf der Revolution ausgesprochen. In der jetzigen Lage sehe der Großfürst kein Heil für Rußland, was auch in den nächsten Wochen schon bestätigt werden würde. Er halte alle Opfer für vergebens gebracht, da Rußland Frieden schließen müsse, wenn es sich als Großmacht behaupten wolle. Werde der Kampf fortgesetzt, dann sehe er kein Heil darin für Rußland, dessen Kräfte schon so zerstört und zersplittert seien, daß das Volk sich gegen den gegenwärtigen Krieg auflehnen werde, wodurch der Frieden für Rußland noch ungünstiger werde. Der Großfürst zieht sich auf sein Landgut bei Odessa zurück.**

General Russki — Generalissimus?

(TU) General Rußki, der als erster rückhaltlos der Umsturzpartei beitrat, wird jetzt, nach einer Meldung des „Echo de Paris" allen Bewerbern um den Posten eines Generalissimus vorgezogen.

Die Anklage gegen Protopopow.

(TU) Die Anklage gegen Protopopow lautet auf Landesverrat. Die Zarin wird des Einverständnisses beschuldigt. In der Anklageschrift werden eine Anzahl Belege aus einem Geheimarchiv Protopopows als Belastungsmaterial angeführt. Die Bearbeitung des Materials und die weiteren Nachforschungen in den Archiven stehen unter der Leitung Burtzews. Die Anklageschrift soll demnächst veröffentlicht werden.

Auch das Heer soll abstimmen.

Nach einer Meldung aus Petersburg erklärte Ministerpräsident Fürst Lwow zu Journalisten, die Hauptaufgabe der Regierung bilde die Vorbereitung der verfassunggebenden Versammlung, an der Volk und Heer teilnehmen müßten. Der Volkswille sei der Regierung heilig, er werde die Regierungsform bestimmen. Die Vorbereitung dieser Versammlung werde drei bis sechs Monate in Anspruch nehmen.

Die kriegsgefangenen Russen in Deutschland.

Die Hauptleitung des russischen Roten Kreuzes richtete an das hiesige Rote Kreuz, das während des Kriegs das Bindeglied zwischen Rußland und Deutschland bildet, die telegraphische Bitte, den russischen Kriegsgefangenen in Deutschland und Oesterreich-Ungarn mitteilen zu wollen, daß in Rußland sich eine neue Regierung gebildet habe, die besser, als es bisher geschehen sei, für sie sorgen werde, und daß das russische Volk über das alte Regime gesiegt habe.

Der russische Bericht.

Russischer Heeresbericht vom 27. März: Westfront: In der Gegend von Postawy war die Artillerietätigkeit lebhafter, als gewöhnlich. Südöstlich von Baranowitschi, in der Gegend von Tarejewe und Labusy griff der Feind mit Unterstützung von Artillerie und Minenwerfern zweimal unsere Stellungen auf dem Westufer der Schtschara an. Der erste Angriff wurde abgeschlagen. Unsere Abteilungen, die das Westufer der Schtschara besetzt hielten, wurden auf das Ostufer zurückgedrängt. Bei dieser feindlichen Offensive setzten deutsche Luftstreitkräfte 2 unserer Fesselballons in Brand. In der Gegend des Dorfes Svoiatitschi, östlich von Baranowitschi und nordwestlich von Kimpolung brachte unser Feuer zwei feindliche Flugzeuge zum Absturz, die in unseren Stellungen niederstürzten.

Deutscher und österreichischer Heeresbericht.

Bericht des Grossen Hauptquartiers.

W **Großes Hauptquartier,** 28. März. (Mitteilung der obersten Heeresleitung.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei der Mehrzahl der Armeen verlief der Tag ruhig. Auch im Gelände beiderseits der Somme und Oise kam es nur zu kleinen Kampfhandlungen. Wie erfolgreich unsere Truppen ihre Aufgabe dort lösen, erhellt daraus, daß auf dem Gefechtsfelde vom 26. März zwischen Lagnicourt und Korchies etwa 1000 tote Engländer gezählt wurden. Gestern erlitten die Franzosen auf dem West-Ufer der Oise bei La Fere beim Schreiten eines Vorstoßes blutige Verluste. In der Champagne wurden einige französische Gräben südlich von Ripont genommen, dort und bei Unternehmungen südlich von St. Souplet und bei Tahure sind 300 Franzosen gefangen, mehrere Maschinengewehre und Minenwerfer erbeutet worden. Nördlich von Reims und in den Argonnen in unsere Stellungen eingedrungene feindliche Erkundungsabteilungen wurden in Gegenstößen vertrieben.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern.

Zwischen Meer und Karpathen hat das Frühjahrstauwetter eingesetzt, das größere Gefechtshandlungen ausschließt. Die Beute aus den Kämpfen an der Schtschara hat sich auf 20 Minenwerfer und 11 Maschinengewehre erhöht.

Front des Generaloberſten Erzherzog Josef.

Bei einer Streife am Nordosthang des Ciman in den Waldkarpathen brachen Stoßtrupps in die russische Stellung, sprengten mehrere Unterstände und kehrten mit einigen Gefangenen und Beutestücken zurück. Am Magyaros schlug ein Angriff der Russen fehl. Südlich des Uz-Tales wurde von mehreren Truppen ein stark verschanzter Höhenkamm gestürmt und gegen mehrmalige Gegenangriffe gehalten. — 150 Gefangene, einige Maschinengewehre und Minenwerfer blieben in unserer Hand.

Bei der

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen

und an der

Mazedonischen Front

Vorfeldgefechte und zeitweilig aufflebende Artillerietätigkeit.

Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

Der Abendbericht.

W **Großes Hauptquartier,** 28. März. (Mitteilung der obersten Heeresleitung.)

Im Westen für uns günstiges Gefecht bei Croisilles (nordöstlich von Bapaume). In der Champagne und auf dem Ostufer der Maas lebhafte Feuertätigkeit. — Aus dem Osten und von der mazedonischen Front sind besondere Ereignisse nicht zu melden.

Der österreichische Bericht.

(Amtliche Meldung vom 28. März.)

Oestlicher Kriegsschauplatz

Front des Generaloberſten Erzherzog Josef

Südlich des Uz-Tales wurde in 3 Kilometer Breite eine russische Höhenstellung genommen und gegen 3 starke Gegenangriffe behauptet. Die Beute beläuft sich auf 150 Gefangene, 3 Maschinengewehre und Minenwerfer.

Gegen die Magyaros-Stellung stürmte der Feind gestern nachmittag abermals vergeblich an. In den Waldkarpathen erfolgreiche Vorfeldgefechte.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern

Bei Stanislau drang ein Stoßtrupp in die feindliche Stellung ein. Die Russen flüchteten. — Sonst bei Tauwetter geringe Tätigkeit.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Zahl der im Kampfe südlich von Biglia gefangen genommenen Italiener hat sich auf 15 Offiziere und 500 Mann erhöht. In diesem Raume ist das Artillerie- und Minenwerferfeuer sehr erheblich.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

An der albanischen Front starker Geschützkampf.

Die Flieger wurden gefangen genommen. — Rumänische und Kaukasusfront: Gegenseitiges Feuer unserer Erkundungen und Aufklärer.

Die Lage im Westen.

Die Norddeutsche über die Zerstörungen im geräumten Sommegebiet.

(W) Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt über die deutschen Räumungsmaßnahmen zwischen Arras und Sailly u. a.: **Die Zerstörung in dem von den Deutschen geräumten Gebiet soll nicht geleugnet werden; das ist auch nicht nötig. Sie war lediglich eine bittere, aber unumgängliche militärische Notwendigkeit. Um so schärfer sei Einspruch erhoben gegen die haltlosen, völlig aus der Luft gegriffenen Anschuldigungen, als hätte die deutsche Heeresleitung irgendwie unnötige Härten ausgeübt, als wäre sie mit den Zerstörungen auch nur um Haaresbreite über das Maß des militärisch Erlaubten hinausgegangen. In erster Linie wurden alle Brücken und Wege gesprengt, alle Bahnen abgebaut; aber auch die Wälder mußten fallen, denn dem Feinde mußte alles Material für Bauten und Befestigungsarbeiten gegen Deckung und Sicht genommen werden. Aus demselben Grunde mußten auch die Dörfer vernichtet werden. In nicht geringerem Grade war die Zerstörung der Felder und Gärten, der Alleen und Obstbäume, die der Feind als unnötige Barbarei brandmarken will, militärisch geboten. Die feindlichen Batterien und Kolonnen durften nicht von den zerwühlten Wegen ausbiegend bequeme Fahrt feldeinwärts finden. Nicht einen Fall unnötiger Zerstörung, nicht einen Akt von Gewalt und Unrecht kann die Entente mit gutem Gewissen anführen. Kein Wort verlieren ihre Berichte darüber, daß eine ganze Zone unzerstört blieb. Daß die Franzosen das reizende Städtchen Noyon unversehrt wieder in die Hände bekamen, danken sie weiß Gott nicht der Tapferkeit und Schnelligkeit der eigenen Truppen, sondern der Umsicht und Menschlichkeit der deutschen obersten Heeresleitung, die sorgfältig jeden Kampf in jener Gegend, mit Rücksicht auf die in der Stadt konzentrierten Einwohner vermied. Nicht mit einer einzigen deutschen Granate wurde die Stadt belegt, auch als die Franzosen längst eingerückt waren. Freilich wurde nur die nicht kriegsdienstpflichtige Bevölkerung zurückgelassen: es wäre ja ein Verbrechen gegen die eigene militärische Sicherheit, wollte man dem Feinde Arbeitskräfte zuführen, die nicht weniger wertvoll sind als Soldaten.**

Der französische Bericht.

Amtlicher Bericht vom Dienstag nachmittag: Südlich der Oise erweiterten wir unsere Fortschritte im Walde von Couch, dessen gänzlich nördlichen Teil wir besetzt halten. Der Feind ward über die Linie Barisis-Servais zurückgeworfen. Südlich des Waldes eroberten unsere Truppen in glänzender Weise im Laufe eines Nachtangriffes das Dorf Couch le Chateau, das von den Deutschen energisch verteidigt wurde. In der Gegend nördlich von Soissons eroberten wir ein Gehöft in der Gegend nordwestlich von Margival und einen Stützpunkt, der vom Feinde festgehalten wurde. In den Argonnen gelang uns ein Handstreich im Abschnitt Le Four de Paris. Wir brachten Gefangene ein. In Lothringen scheiterte ein feindlicher Angriff gegen unsere kleinen Posten völlig. Ueberall sonst war die Nacht ruhig. — Der Bericht vom Abend. Zwischen Somme und Oise beschoß die feindliche Artillerie, der die unsere heftig erwiderte, unsere Stellungen an der Front Roupy-Essigny-Benay. Verschiedene Male unternahmen die Deutschen Angriffsversuche, die durch unser Feuer aufgehalten wurden. Südlich der Oise bauten unsere Truppen ihre Erfolge aus. Der ganze Unterwald von Couch, sowie die Dörfer Petit-Parisis, Verneuil und die Couch-Stadt fielen in unsere Hand. Unsere vorgeschobenen Abteilungen erreichten einige Punkte des Westrandes des St. Gobain und des Hochwaldes von Couch. Unsere Verluste waren im Laufe der in dieser Gegend gelieferten Kämpfe leicht. In der Gegend nördlich von Soissons machten wir ernstliche Fortschritte in der Gegend von Neuville, gegen Margival und nordöstlich Leuilly. In den Argonnen gestattete uns ein Handstreich auf die deutschen Linien im Bolante-Abschnitt, etwa 20 Gefangene zu machen. An der Front von Verdun ziemlich lebhafter Artilleriekampf gegen die Höhe 304 und nördlich Bezonvaux. Unterbrochene Beschießung auf der übrigen Front.

Der englische Bericht.

Amtlicher Bericht vom 27. März: Heute vormittag vertrieb unsere Kavallerie den Feind aus den Dörfern Longavesnes, Lieramont und Equancourt, die nun von unseren Truppen besetzt sind. Eine Anzahl Gefangener wurde eingebracht. In der Nacht machte der Feind einen dritten Angriff auf unsere Posten nördlich von Beaumetz le Cambrai, der vorübergehend Erfolg hatte. Heute früh wurde dieser Posten von unseren Posten wieder genommen und unsere Stellung wieder hergestellt.

Explosion im Stadthause zu Bapaume.

(W) Im Stadthause von Bapaume fand durch Zufall eine Explosion statt. Man ist jetzt bei der Aufräumung der Trümmer. Zwei Vertreter des Departements Pas de Calais, Raoul Briquet und Albert Tailandier, Abgeordneter von Arras, denen daran lag, sich sofort in die wiedereroberte Stadt zu begeben, sollen unter den Opfern sein.

Vom Seekrieg.

10 Schiffe mit 31 000 Tonnen versenkt.

(W) Im Mittelmeer wurden versenkt zehn Schiffe mit 31 000 Tonnen, darunter der englische Dampfer „Enterpe" (3540 Tonnen), der aus einem Konvoi von zwölf Fahrzeugen heraus abgeschossen wurde, ein durch Zerstörer gesichteter unbekannter, etwa 8000 Tonnen großer Dampfer, wahrscheinlich mit Oel oder Getreide beladen, der nach dem Torpedoschuß lichterloh brannte, der holländische Dampfer „Ares" (3783 Tonnen) mit 4800 Tonnen Benzin von Suez nach Frankreich, ein abgeblendeter beladener Dampfer von 6000 Tonnen mit Kurs auf Neapel, der bewaffnete englische Dampfer „Epealosos" (4131 Tonnen), ein bewaffneter englischer Dampfer von 4000 Tonnen mit 5000 Tonnen Ladung, darunter 1000 Tonnen Baumwolle von Bombay nach Marseille.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

England fordert die Wiederaufnahme der neutralen Fahrten.

(TU) Wie im Unterhause verlautet, fordert die Regierung von den Neutralen die Wiederaufnahme der Schiffahrt nach England in ihrem ganzen Umfange, da sonst Gegenmaßnahmen gegen die neutralen Schiffe zu gewärtigen seien. Das Risiko für die Schiffsversicherungen will die englische Regierung tragen. — Wie weiter gemeldet wird, geht in London das Gerücht um, daß der Rücktritt des Außenministers Balfour infolge Schwierigkeiten mit dem Blockademinister bevorstehe, der nicht energisch genug gegen die Neutralen vorgehe.

Zugegebene Verluste der englischen Admiralität.

(W) Die englische Admiralität gibt bekannt: Ein britischer Torpedobootszerstörer ist kürzlich im Kanal auf eine Mine gestoßen und gesunken. Vier Offiziere, 17 Mann sind gerettet. Ein anderer Torpedobootszerstörer stieß mit einem Dampfer zusammen und sank. Ein Mann verlor das Leben; sonst keine Verluste. Das britische Hospitalschiff „Asturias", das mit allen Schiffahrtslichtern und mit allen besonderen Abzeichen des Roten Kreuzes, die hell beleuchtet waren, fuhr, ist in der Nacht vom 20. zum 21. März ohne Warnung torpediert worden. Dabei sind folgende Verluste eingetreten: Von Militärpersonen elf tot, drei, darunter eine Staatskrankenschwester, werden vermißt, 17 verwundet; von der Mannschaft sind 20 tot, neun werden vermißt, darunter ein Steward, 22 verwundet. Wie in dem deutschen Funkspruch von gestern berichtet wird, steht die Torpedierung dieses Hospitalschiffes auf der Liste der von U-Booten berichteten Taten.

Englands Blockadepolitik im Unterhause.

(W) Der Abgeordnete Hewins äußerte sich im Unterhaus über die Schwierigkeiten der indirekten Blockade auf dem Wege über die Neutralen, die auf feindlichen Einfluß zurückzuführen seien und gab zu, daß sich die Lage gebessert habe. Er verlangte aber verstärktes Zusammenarbeiten des Auswärtigen Amtes und der Admiralität und bedauerte, daß Handelsabkommen geschlossen seien. Abgeordneter Bellairs bezeichnete es als unfreundlichen Akt, daß von skandinavischer Seite eine Exportstatistik nicht mehr veröffentlicht werde. In gleicher Weise wandte er sich gegen Hollands Vorgehen in Bezug auf bewaffnete Handelsschiffe und erklärte, England sei berechtigt, eine neue Doktrin für Europa aufzustellen, wenn dadurch der Krieg beendet werden könnte. England kann die Nordsee schließen oder Prisengerichte aufheben, oder mit den Vereinigten Staaten ein Abkommen treffen, die sich jetzt mit den Alliierten vereinigen, um den Kredit der Neutralen einzuschränken. Blockademinister Robert Cecil gab hierauf eine Uebersicht über seine Tätigkeit seit seiner Ernennung und schilderte die Schritte, die er getan habe, um Reibungen zwischen dem Auswärtigen Amt und der Admiralität zu vermeiden und erwähnte die Errichtung der Abteilung für Außenhandel im Auswärtigen Amt, die sich mit der Aufstellung von schwarzen Listen befaßt, deren Untersuchungen den gewaltigen Umfang der Organisation des deutschen Handels gezeigt habe. Die bei weitem wichtigste Maßnahme des Blockadeministeriums war die Aufstellung des Grundsatzes des Systems der Rationierung. Die Rationierung durch Abkommen mit Stellen in den neutralen Ländern ist von hohem Wert. Die Rationierung durch Abkommen ist weit wirksamer, reibungsloser und weit besser vom Gesichtspunkte der Blockade aus, als eine zwangsweise Rationierung. Das dänische Abkommen war vom Gesichtspunkt der Blockade aus ein vollständiger Erfolg. Das System der Versicherungsscheine, das wir mit Amerika eingeschlagen haben, war sehr wirksam, um die Schwierigkeiten zu verhindern, die vorher mit Amerika bestanden. Es gab uns eine genaue Kenntnis von der Ausfuhr aus Amerika nach den Neutralen und setzte uns in den Stand, ohne Parteilichkeit oder Ungerechtigkeit die Vorratssendungen an diese Neutralen zu regeln. Lord Robert Cecil gab sodann einzelne Zahlen über die Einfuhr nach Skandinavien und Holland vor dem Kriege und heute und erklärte, diese Zahlen bewiesen, daß von den in Frage kommenden Artikeln auf dem Wege über diese neutralen Länder an den Feind nichts durchgelange. Ich glaube aber, daß wir, wenn wir alle Einfuhr, vom Schmuggel abgesehen, verhinderten, wir noch immer nicht alles getan haben, um die Blockade Deutschlands vollständig zu machen. Es kommt hinzu die Frage der heimischen Erzeugung in den an Deutschland grenzenden neutralen Ländern. Dies ist ein schwieriges Problem. Mit der direkten Blockade war die Sache ganz einfach, aber jetzt müssen wir uns mit der indirekten Blockade auf dem Wege über die Neutralen befassen. Robert Cecil ging dann auf die Anregung des Abgeordneten Bellaire ein, daß England alle Lebensmittelladungen beschlagnahmen solle, falls nicht alle neutralen Staaten die Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte nach Deutschland einstellten und erklärte, eine solche Maßnahme würde sich mit unseren ausgesprochenen Ansichten über die Rechte der kleinen Nationen schwer vertragen. Ueberdies würde die einzige Wirkung sein, daß die gesamte landwirtschaftliche Produktion solcher Länder dann nach Deutschland gehen würde, während unter den jetzigen Bedingungen unser Anteil aus Dänemark langsam steigt und, was Holland betrifft, beinahe wieder die vor dem Kriege bestehenden Verhältnisse erreicht habe. Ich habe niemals behauptet, daß ich mit der Blockade Wunder wirken würde, aber ich würde das Haus und das Land täuschen, wenn ich nicht sagte, daß jetzt als Ergebnis der Blockade in Deutschland ein sehr großer Mangel an Nahrungsmitteln und sehr erheblicher Mangel an anderen Dingen, wie Baumwolle, Wolle, Schmieröl und anderen Bedarfsartikeln herrscht. Ob der Krieg durch die Blockade zu Ende gebracht wird, ist eine andere Sache, aber ich kann sagen, daß, wenn wir die Endschlacht zu kämpfen haben werden, die Wirkung unserer Blockade sehr ins Gewicht fallen wird.

Amerika befürchtet Unruhen.

(TU) Nachrichten aus Amerika besagen, daß in den nächsten Tagen eine Mobilisationsordre erlassen wird, die alle Truppen nach den verschiedenen Teilen des Landes verteilen wird. Dies soll nötig sein, da man starke Demonstrationen gegen alle militärischen Pläne Wilsons im Lande hervorrufen will. Man befürchtet Unruhen in den Industriegegenden, wo infolge der heftigen Propaganda für oder gegen den Krieg mit Deutschland bereits das Militär die Ordnung aufrecht erhalten muß. Dort wird die Ankündigung des Belagerungszustandes erwartet, weil die Industriellen drohen, sonst ihre Fabriken schließen zu lassen.

Eine amerikanische Anfrage an Deutschland?

(HC) Reuter meldet aus Washington: Die Vereinigten Staaten haben durch den spanischen Gesandten in Berlin anfragen lassen, ob sich Amerikaner unter den Seeleuten befinden, die an Bord der „Möwe" als Gefangene nach Deutschland geführt würden. Wenn dieses der Fall ist, wird die Regierung der Vereinigten Staaten wie im Falle des Dampfers „Yarrowdale" um sofortige Freilassung dieser Amerikaner ersuchen.

Vertrauliche Besprechung beim Reichskanzler.

Wie das „Berliner Tageblatt" mitteilt, sind gestern (Mittwoch) abend sämtliche Führer der Reichstagsfraktionen beim Reichskanzler zu vertraulichen Besprechungen geladen gewesen.

Einstellung Bestrafter in den Heeresdienst.

(bb) Ueber die Einstellung Bestrafter in den Heeresdienst erfährt die „National-Zeitung" von dem bekannten Strafrechtslehrer Franz von Liszt: Unsere Bemühungen erstrecken sich auf ungefähr 100 000 Mann, die zurzeit in den Zuchthäusern und Strafanstalten des Deutschen Reiches interniert waren.

Reichstag.

(Sitzung vom 28. März.)

Die zweite Beratung der

Besteuerung des Personen- und Güterverkehrs

wird fortgesetzt. Zu § 1 beantragen die Sozialdemokraten Streichung des zweiten Absatzes, der die elektrischen Bahnen in die Steuer einbezieht.

Abg. Schiele (K.): Wir stimmen angesichts der Notlage des Reiches der Besteuerung des Personen- und Güterverkehrs zu. Wie soll es möglich sein, die für das Reich notwendigen etwa 6 Milliarden Mark durch direkte Steuern aufzubringen? Das würde eine Konfiskation des Unternehmergewinnes bedeuten, wie er in den besten Friedensjahren vorhanden war. Darunter würde in erster Linie die Arbeiterschaft außerordentlich leiden. Die Verkehrssteuern sind in Friedenszeiten in Verbindung mit den Bundesstaaten umzugestalten. Bei der zu erwartenden Abwanderung in die 4. Wagenklasse ist deren Besteuerung durchaus gerecht. — Abg. Müller-Fulda (Z.): Ich bitte Sie, der Vorlage, wie sie aus der Kommission gekommen ist, zuzustimmen. — Abg. List-Eßlingen (N.): Uns ist es nicht leicht geworden, der Verkehrssteuer zuzustimmen, die enorme Finanznot des Reiches macht es aber notwendig, zu den indirekten Steuern zu schreiten. Auf die Besteuerung des Nahverkehrs können wir nicht verzichten. Die Straßenbahnbesteuerung wird die Notwendigkeit mit sich bringen, eine 2½-Pfennig- oder eine 3-Pfennig-Münze zu prägen. Von einer Befristung des Gesetzes muß Abstand genommen werden. — Abg. Mumm (D. F.) befürwortet seinen Antrag, als § 1a einzufügen: Fahrkarten bis zum Preise von 45 Pfg. und Zeitkarten, sofern der Preis der Einzelfahrt bis zu 35 Pfg. beträgt, bleiben steuerfrei. Bei diesen Tarifsätzen handele es sich insbesondere um den Verkehr von der Wohnung zur Arbeitsstelle, und diesen Verkehr sollte man nicht belasten, zumal es sich um Elemente des Volkes handelt, die außerhalb der Großstadt ihre Ruhestunden in der Familie verbringen würden. — Staatssekretär Graf Roeder: Ich bitte, es bei den Kommissionsbeschlüssen zu lassen. Ein 2½-Pfennig-Stück muß schon wegen der Umgestaltung der Postgebühren geprägt werden. Sobald die Münzanstalten wieder in der Lage sind, für derartige Zwecke zu arbeiten, werden sie auch diese Münze schlagen. — Ministerialdirektor Franken: An eine grundlegende Tarifreform würden die Einzelstaaten erst nach Friedensschluß herangehen können. Beim Straßenbahnverkehr darf nur ein Zuschlag genommen werden, der der Steuer entspricht. — Abg. Stolle (S. A. G.): Trotzdem die Arbeiterfahrkarten steuerfrei bleiben, werden doch die Arbeiter und die minderbemittelte Bevölkerung von der Steuer besonders getroffen werden. — Abg. Keil (S.): Wir erwarten, daß die preußische Eisenbahnverwaltung im Kriege eine Tarifänderung nicht vornehmen wird. Die Fahrt bis 60 Pfg. muß frei bleiben.

Damit schließt die Aussprache. § 1 wird unter Ablehnung aller Anträge angenommen, ebenso § 2. (Güter). § 3 enthält die von der Erhebung freigelassenen Fahrkarten. Eine Aussprache findet nicht statt. Bei der Abstimmung beantragt Abg. Mumm (D. F.) Freilassung der Fahrkarten bis zu 35 Pfennigen. Das Ergebnis der Abstimmung bleibt zweifelhaft. Es ist Hammelsprung erforderlich. Der Antrag wird mit 119 gegen 118 Stimmen angenommen. Mit dieser Aenderung wird § 3 angenommen. Die nächsten Paragraphen werden unverändert angenommen.

Zu § 31a (Frachturkundenstempel) empfiehlt Abg. Pfleger (Z.) einen Kompromißantrag, der die Rückvergütung der Stempelsteuer vorsieht, sobald die Güter von der Eisenbahn zur Wasserbeförderung und von da wieder auf die Eisenbahn umgeleitet werden. — Der Antrag wird ohne Aussprache angenommen, ebenso der Rest der Vorlage. — Es folgt

die Kohlensteuer.

Abg. Bock (S.) empfiehlt einen Antrag, der die Preiserhöhung von Kohle über den Stand vom 15. 2. 1917 namentlich für Hausbrandkohle steuerfrei läßt. Der Redner führt aus: Die Kohle, die schon um 40% im Preise gestiegen ist, dürfte um weitere 20% steigen. Das ist zuviel. Jeder Haushalt wird empfindlich dadurch belastet und die Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke, die einen großen Kohlenverbrauch haben, werden geradezu zu einer Preiserhöhung aufgefordert. Eine Erhöhung dieser wichtigen Kraft belastet jeden Haushalt aufs neue. Das Reich sollte wenigstens den Verschleiß übernehmen, damit die vielen Zwischenstellen zwischen Erzeuger und Verbraucher ausgeschaltet werden. Man merkt bei dieser Steuer nichts von dem Geiste der Neuorientierung. Wir lehnen die Steuer ab. (Beifall bei den Soz.). — Abg. Stöve (N.): Wir werden der Steuer zustimmen, wie sie aus der Kommission gekommen ist. Wir hoffen, daß die Kohlesteuer nach der vorgesehenen dreijährigen Geltungsdauer wieder verschwindet. Hoffe veranlaßt sie die Industrie, die Kohle mehr als bisher auszunutzen. — Abg. Pfleger (Z.): Der sozialdemokratische Antrag, der den Gemeinden den Bezug der Hausbrandkohle auferlegen will, ist für uns unannehmbar. Den Kleinhandel wollen auch wir nicht ausschalten. — Abg. Gotheim (Vp.): Die Kohlensteuer ließ sich nicht umgehen. Einen beträchtlichen Teil der Steuer trägt das Ausland; ohne eine Versteuerung der Kohle könnte auch ein Kohlenbaumonopol nicht größere Einnahmen bringen. — Abg. Wildgrube (K.): Die dreijährige Befristung des Gesetzes ist annehmbar. Wir hoffen, daß die finanziellen Verhältnisse des Reiches durch eine Kriegsentschädigung bald besser werden. Nach dem Kriege muß eine grundlegende Steuerreform kommen. Für die Kohlensteuer spricht ihre Ergiebigkeit und die leichte Anziehung. Die neue Steuer wird weder die Familien noch die gewerblichen Betriebe übermäßig belasten. Die Mehrausgabe für eine vierköpfige Familie wird jährlich 5 bis 7 Mk. ausmachen. — Abg. Henke (S. A.-G.): Wir lehnen die Kohlensteuer ab, was auch die sozialdemokratische Mehrheit tun müßte, wenn ihr Antrag abgelehnt würde. — Abg. Bock (S.) tritt nochmals für den sozialdemokratischen Antrag ein, der nur die Werke verpflichten will, den Gemeinden zu mäßigen Preisen Kohle zu liefern.

Die §§ 1 bis 5 des Gesetzes werden angenommen. Zu § 6 (Hausbrandkohle) erklärt Abg. Hoch (S.): Unser Antrag will verhindern, daß bei der Kohlennot der Bevölkerung, namentlich der arbeitenden, die Hausbrandkohle noch weiter verteuert wird. Der Kohlenkleinhandel darf nicht brotlos gemacht werden. — Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt und der erste Absatz des § 6 angenommen. Der Zusatz, daß aus Braunkohle hergestellte Preßkohlen mit 15% versteuert werden sollen, wird im Hammelsprung mit 111 gegen 105 Stimmen abgelehnt. Der so gestellte § 6 wird angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes. Damit ist die zweite Lesung der Steuervorlagen erledigt. — Abg. Scheidemann (S.): Wir werden unseren heute abgelehnten Antrag bei der dritten Lesung wieder einbringen und namentliche Abstimmung beantragen.

Darauf tritt Vertagung auf Donnerstag ein.

Herrenhaus.

Sitzung vom 28. März.

Der Erledigung einiger kleinerer Vorlagen folgt die

Beratung des Staatshaushaltsplanes.

Staatsminister Dr. Lentze: Im Gegensatz zu den letzten Jahren ist der diesjährige Etat einigermaßen der Wirklichkeit entsprechend aufgestellt. Das Jahr 1915 hat mit erheblichen Fehlbeträgen abgeschlossen. Auf die Steuerzuschläge, die etwa 100 Millionen ergeben haben, sowie auf vermehrte Staatseinnahmen können wir nicht verzichten, da an die Ausgaben außerordentliche Anforderungen gestellt werden, insbesondere für erhöhte Beamtengehälter und Kriegsbeihilfen. Allerdings wird ein Teil der Ausgaben durch das Reich erstattet werden. Der Krieg hat gezeigt, daß unsere Finanzen auf gesunder Grundlage ruhen, daß aber diese Grundlagen nur durch größte Sparsamkeit festgehalten werden können.

Der Konflikt zwischen Herrenhaus und Abgeordnetenhaus.

Herzog Ernst Günther von Schleswig-Holstein: Namens der Rechten bedauere ich die Form, in welcher am 14. März im anderen Hause die Angriffe gegen dieses Haus erfolgt sind, und legen nachdrücklich Verwahrung dagegen ein. Anläßlich des Kriegezustandes versagt sich die Fraktion, im einzelnen darauf einzugehen. Wir sind uns bewußt, eingedenk der Vergangenheit des Herrenhauses und seiner geschichtlichen Aufgabe im Rahmen der Verfassung unsere Pflicht getan zu haben, die die Wahrung der Rechte der Krone und die Wohlfahrt des Volkes umfaßt, sowie die Stärkung des Staatsgedankens. Wir treten für ein starkes Deutschland ein, das die Eigenart seiner einzelnen Glieder schützen muß. Wir sind gewillt, alles Trennende zu vermeiden und die Vereinigung aller Kräfte anzustreben.

Oberbürgermeister Dr. Wermuth-Berlin: Bei den Debatten im anderen Hause ist ein politischer Rest verblieben, der durch freimütige Erklärungen beseitigt werden muß. Wir bedauern aufrichtig, daß durch die Verhandlungen dieses Hauses über die Diäten- und Reisekosten der Mitglieder des Abgeordnetenhauses ein starker Mißton in die innere Politik Preußens hineingetragen worden ist. Die Begründung, die der Ablehnung des Gesetzes gegeben worden ist, war geeignet, die Annahme zu erwecken, daß das Herrenhaus in seiner Mehrheit einer den Bedürfnissen der Gegenwart Rechnung tragenden Fortentwickelung unseres Verfassungslebens entgegenwirkt. Wir halten es für notwendig, unsere öffentlichen Einrichtungen entschlossen fortzuentwickeln, die Zusammensetzung des Herrenhauses durch weitgehende Berücksichtigung der erwerbstätigen Stände zu verändern und den breiten Schichten des Volkes Anteil an der Bestimmung der Geschicke des Staates zu verschaffen. Wir hegen die Hoffnung, daß das Herrenhaus hierbei in weitblickender und den inneren Frieden auf lange Zeit hinaus sichernder Weise hinwirken wird. (Beifall.) Wir haben mit Freuden begrüßt den Erlaß des Ministers des Innern, in welchem die Pflicht der Selbstverwaltung in Aussicht gestellt wird. Die Verfassungsreform fällt und steht mit der Einschränkung und Vereinfachung der Geschäfte. Das Stichwort der Verfassungsreform muß sein: Vertrauen in die Selbstverwaltung! (Beifall.) — Professor Dr. Löhning-Halle befürwortet eine Reform der Kreistage in den östlichen Provinzen und bemängelt die Unzahl der Polizeiverordnungen. — von Kleist: Die linksstehende Presse verlangt eine Reform des preußischen Wahlrechts. Eine weitere Demokratisierung unserer staatlichen Einrichtungen würde eine Einschränkung der Rechte der Bundesstaaten zur Folge haben. Für eine Erweiterung der parlamentarischen Rechte und eine Einschränkung der Rechte der Krone, sowie für Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen sind wir nicht zu haben. Wir halten an dem alten festgefügten Bau des Staates Preußen fest, der in Sturm und Wetter festgestanden hat. — Oberbürgermeister Sötbeer-Glogau: Gegen die am 9. 3. hier erhobenen Angriffe gegen den Reichstag möchte ich lebhaften Einspruch erheben. Eine Herabsetzung des Reichstages bedeutet eine Herabsetzung des deutschen Volkes. (Widerspruch.)

Graf von Roon: Der Ministerpräsident hat im Abgeordnetenhause ein hohes Lied auf den Reichstag gesungen; dazu ist wahrlich kein Anlaß geboten. Zu einer Reform des Herrenhauses liegt keine Veranlassung vor. Wir haben jetzt wichtigere Dinge zu erledigen, als uns mit der Reform des Wahlrechts zu beschäftigen. Es ist empörend, daß diese Sache immer wieder auf die Tagesordnung gesetzt wird. Ich habe die größte Sorge, daß der Staat sich mit Polen eine neue schwere Last auf die Schultern geladen hat. Jedenfalls muß dafür gesorgt werden, daß das neue Polen nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich und politisch in unseren Händen bleibt. Was die Tätigkeit unserer Diplomaten betrifft, so müssen wir bestrebt sein, unseren patriotischen Egoismus zu bewahren und uns von der Ausländerei freizuhalten.

Staatsminister v. Breitenbach: Die Kritik, die der Vorredner an den Erklärungen des Ministerpräsidenten geübt hat, ist nach den verschiedensten Richtungen durchaus anfechtbar. Wenn der Ministerpräsident im Reichstage seine Anerkennung über seine Tätigkeit im Kriege abgab, so hat er damit weder das Abgeordnetenhaus noch dieses Haus herabsetzen wollen. Wenn man sagt, die Thronrede, in der die Reform des Wahlrechtes anerkannt wurde, sei von Ministern gemacht, so ist zu erwidern, die Thronrede ist eine feierliche Urkunde, in der der Monarch zum Volke spricht. Der Ministerpräsident hat im Abgeordnetenhause ausgesprochen, daß das Erleben dieses Krieges zu einer Ausgestaltung des innerpolitischen Lebens führen müsse und werde, daß nach dem Kriege wichtige Beschlüsse wir auf dem Gebiete der inneren Politik zu treffen haben und daß der Brennpunkt eine Aenderung des preußischen Wahlrechts sein würde. Er hat aber auch gesagt, wir müssen alles vermeiden gegenüber dem äußeren Schein, was unsere Kräfte zersplittert, und deshalb dürfen wir jetzt nichts anderes tun, als unsere Kräfte zusammenraffen für das, was die Schwere des Krieges verlangt. (Beifall.)

Dr. Dernburg: Gegen die Angriffe des Grafen Roon muß ich den Reichstag in Schutz nehmen. Die ganze Welt erkennt die großen Leistungen des Reichstages namentlich auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung an. Wir wollen eine Aenderung des Wahlrechtes. Ein ernanntes Haus bedarf in ganz anderer Weise das Vertrauen, weil es nicht alle 5 Jahre neugewählt wird, und muß seine große patriotische Haltung bewahren, sonst verliert es.

Herzog Ernst Günter zu Schleswig-Holstein: Ich spreche nicht im Namen der Fraktion, sondern in meinem eigenen Namen. Die große Entscheidung naht: Die Hoffnung, daß unser gewaltigster Gegner, England, auf seinem ureigensten Element besiegt werden wird. (Bravo!) Im Innern zeigt sich leider nicht dasselbe friedliche Bild, wie der Streit mit dem Abgeordnetenhause zeigt. Wir sollten uns nicht mit den inneren Angelegenheiten des Reiches befassen. Was unser Wirtschaftsleben betrifft, so haben wir während der Kriegszeit einen Vorgeschmack bekommen von dem sozialistischen Zukunftsstaat, der niemand befriedigt, dagegen steht unser Eisenbahnwesen auf voller Höhe. Gegen die Neuorientierung habe ich die größten Bedenken. Der Weltkrieg wird auch auf unser inneres Leben einwirken. Möchte der Grundsatz zur Geltung kommen, daß der Tüchtige freie Bahn findet. Sollten in dieses Haus Vertreter kommen, die dem Arbeiterstande entstammen, so würden wir sie begrüßen, wenn sie es ihrer Tüchtigkeit und nicht der Agitation verdanken.

Fürst Radziwill: Dem Polenmanifest stehen die Polen mit Dank und Anerkennung gegenüber. Hoffentlich wird eine gerechte innere Politik Preußens gegenüber den Polen eine gute Rückwirkung auf das Verhältnis zwischen Deutschen und Polen haben. — Herzog zu Trachenberg: Durch Einsetzung des polnischen Staatsrates ist der Grund gelegt worden zum polnischen Staate. Wir werden eine Revision unserer Polenpolitik vornehmen, Enteignungsgesetze aufheben und eine andere Praxis der Ansiedlungspolitik verfolgen müssen, wenn das erwartete harmonische Verhältnis der polnischen Bevölkerung zu Preußen erreicht werden soll. — Staatsminister von Breitenbach: Namens der Staatsregierung teile ich mit, wir sind in Erwägungen eingetreten, die bald zum Abschluß gelangen werden über eine Aufhebung des Enteignungsgesetzes, ferner werden Erleichterungen in dem Gebrauch der polnischen Muttersprache in Aussicht genommen. Andererseits wird erwogen, daß durch eine entsprechende Handhabung des Ansiedlungsgesetzes dem polnischen Staatsbürger die Möglichkeit gegeben wird, zur Ansiedlung in ihrer Heimatsprovinz. Ich hoffe, daß damit eine neue Zeit gemeinsamer Arbeit und gemeinsamen Wirkens unserer preußischen und polnischen Landsleute beginnen wird. — v. Moraweski dankte dem Minister für die abgegebene Erklärung. — Oberbürgermeister Körte-Königsberg. Oberbürgermeister Wilms-Posen und Graf von der Schulenburg-Grünthal begrüßen die Erklärung des Fürsten Radziwill mit Freude. — Oberbürgermeister Dr. Oehler-Düsseldorf bespricht die Schwierigkeiten bei der Lebensmittelversorgung und schließt: Wir werden trotz aller Schwierigkeiten aushalten bis zum Siege.

Darauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag vertagt.

Westfalen u. Rheinland.

Kamen, 29. März. **(Verschiedenes.)** Von einem Nachbargrundstück ausgehende übermäßige Geräusche und andere störende Einwirkungen auf sein Grundstück braucht der Grundstückseigentümer nicht zu dulden, sofern solche Beeinträchtigungen bei Grundstücken dieser Lage nicht etwa ortsüblich sind (§ 906 BGB.). Er kann sie vielmehr, soweit es sich nicht um eine behördlich genehmigte Anlage handelt, gerichtlich untersagen lassen, kann aber auch von dem Nachbar Schadensersatz verlangen. Der letztere Anspruch setzt allerdings ein Verschulden voraus, das aber schon dann vorliegt, wenn der Nachbar die unzulässigen Einwirkungen ohne weiteres voraussehen mußte und trotzdem nicht unterlassen hat.

(Kamener ✠ Ehrentafel.) Der Gefreite E. Cramer, Markt wohnhaft, erhielt aus Anlaß besonderer Tapferkeit bei einem Nachtunternehmen das Eiserne Kreuz 2. Kl. — Dem Landsturmmann Heinrich Reckmann, Sohn der Witwe Ludwig Reckmann, Schillstraße 35, erhielt in den Karpathen das Eiserne Kreuz 2. Klasse.

(Totenglocke.) Von schwerem Schicksalsschlag betroffen wurde die Familie Ostermann am Bahnhof. Gestern morgen starb Herr Theodor Ostermann, der Seniorchef der Getreidefirma Th. Ostermann. Die Trauer und der Schmerz um die Lebensgefährtin, welche ihm zehn Tage vorher im Tode vorausgegangen, nahmen dem alten Herrn die Kraft, einer Lungenentzündung zu widerstehen. Am Mittag des gleichen Tages segnete auch sein Sohn, Herr Emil Ostermann, das Zeitliche. Die Trauer und die Anteilnahme ist in der Stadt eine allgemeine und tiefgehende. Die katholische Kirchengemeinde verliert in ihnen treue Glieder. Gehörte Herr Theodor Ostermann doch 40 Jahre der kirchlichen Gemeinde-Vertretung an und war lange Jahre deren Vorsitzender. Gern hörte man den alten Herrn, der mit zu den ältesten Bürgern der Stadt Kamen gehörte, erzählen über Alt-Kamen und seine Geschichte. Aus kleinen Anfängen hat er das Getreidegeschäft durch rastlose Arbeit auf die jetzige Höhe gebracht und sein Sohn folgte ihm und setzte durch Tatkraft und Energie den weiteren Ausbau des Geschäftes durch. Dabei nahm Herr Emil Ostermann regen Anteil an Angelegenheiten des öffentlichen Lebens. Die Errichtung der Gewerbebank Kamen, dieses für die Stadt wie für ihre Bürger wichtigen Instituts, ist mit sein Werk. Hier war er Vorsitzender im Vorstande und ihm gerade hat die Bank ihr Blühen und Gedeihen zu verdanken, da er in uneigennütziger und selbstloser Weise sich ihr widmete. Auch im Verein für Handel und Gewerbe gehörte er seit dessen Bestehen dem Vorstande an. Der Tod hat arbeitsreichen Leben ein Ende bereitet. Mögen sie ruhen in Frieden.

Das Lebensmittelamt und die Räume der **Polizeiverwaltung** sind nachmittags für den Verkehr mit dem Publikum geschlossen. Diese Mahnung muß immer wiederholt werden. Die Erledigung der umfangreichen schriftlichen Arbeiten macht diese Maßnahme erforderlich. Im Interesse der mit Arbeiten überhäuften Beamten und der Bürgerschaft selbst möge dieses beherzigt werden.

Wichtige amtliche Bekanntmachungen enthält unsere heutige Zeitung, so über die Ausgabe neuer Milchkarten, die Ausgabe von Kartoffel-Lieferscheinen und die Versorgung hilfsdienstpflichtiger Arbeiter mit Arbeitskleidern. Wir empfehlen die aufmerksame Durchsicht der Bekanntmachungen.

(Gartenland-Verpachtung.) In der letzten Sitzung der Stadtverordneten wurde der Antrag eingebracht und auch angenommen, die Wegeflächen der Verdoppelungswege in der Südenfeldmark und freiliegenden Flächen auf dem Friedhof umzubauen und als Gartenland zu verpachten. Der Magistrat, dem der Antrag



Deutsche Waldstellung im Sumpfgebiet vor Galatz.

unterbreitet wurde, gibt diesem jetzt Folge und ladet im Inseratenteil heutiger Nummer zu einem Verpachtungstermin ein. Da es heute darauf ankommt, jedes Fleckchen Erde der Volksernährung nutzbar zu machen, so ist die Ausführung mit Freuden zu begrüßen, umsomehr, als die Nachfragen nach Gartenland sehr groß sind.

(Unsere Tabakversorgung.) Man schreibt der „Köln. Ztg.": Nachrichten aus Rotterdam über den Gang der Verhandlungen zwischen Vertretern der Deutschen Tabakhandels-Gesellschaft in Bremen und den holländischen Interessenten scheinen zu Besorgnissen Anlaß gegeben zu haben, ob unser Bedarf an überseeischem Tabak auch für die Zukunft sichergestellt sein wird. Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, liegt durchaus kein Grund zu derartigen Besorgnissen vor.

(Verlängerter Geschäftsverkehr.) Sonntag, den 1. April d. Js., ist im Handelsgewerbe ein zehnstündiger Geschäftsverkehr von morgens 7 bis 9½ Uhr und von 11½ Uhr vormittags bis 7 Uhr abends gestattet. Während dieser Zeit dürfen Gehülfen, Lehrlinge und Arbeiter im Handelsgewerbe und in offenen Verkaufsstellen beschäftigt werden.

Bönen 29. März. **Zum Sergeanten befördert** wurde der Unteroffizier Franz Lohmann von hier.

Baroper, 23. März. **Das Baroper Walzwerk** schenkt seinen Arbeitern, welche sich an der sechsten Kriegsanleihe mit mindestens 100 Mark und höher beteiligen:

bei einer	5jährigen	Dienstzeit	und	mehr	20 Mk.
„ „	10 „	„	„	„	25 „
„ „	15 „	„	„	„	30 „
„ „	20 „	„	„	„	35 „

Jeder Zeichner erhält dann ein auf seinen Namen ausgestelltes Sparkassenbuch.

** **M.-Gladbach,** 23. März. **Die Strafkammer** verhandelte vorgestern in fünfstündiger Verhandlung gegen den Kaufmann Josef Beuters aus Viersen und den Rentner und Stadtverordneten August Kalder aus Viersen, die unter der Anklage des Betruges bezw. der Beihilfe zum Betruge standen. Beuters hatte als Beauftragter der Stadt Viersen 10 000 Pfund Holländer Käse zu 1,57 Mk. das Pfund gekauft und der Stadt für 2 Mk. verkauft, wobei er angab, daß der Einkaufspreis 1,97 Mark betragen habe. Später stellte sich heraus, daß der Käse minderwertiger Stallkäse war, der aus entrahmter Milch hergestellt wird. Beuters hatte mit dem Stadtverordneten Kanders, der Mitglied des städtischen Lebensmittelausschusses in Viersen ist, verabredete, sie wollten den Gewinn teilen. Die Stadt mußte später den Käse wegen seiner minderwertigen Beschaffenheit zu 1,80 Mk. das Pfund an die Bevölkerung verkaufen. Das Gericht kam nicht zu der Ueberzeugung, daß es sich um Betrug handle; dagegen verurteilte es den Angeklagten Beuters wegen Kriegswuchers zu 1 Monat Gefängnis und 5000 Mk. Geldstrafe und den Stadtverordneten Kalder wegen Beihilfe hierzu zu 2 Monaten Gefängnis und 6000 Mk. Geldstrafe, wobei das Gericht besonders hervorhob, daß der letztere Angeklagte seine Pflichten als Stadtverordneter in schamlosester Weise verletzt habe.

Aus aller Welt.

Kohlenfeldererwerb durch die Stadt Berlin. In der geheimen Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung wurde dem Antrag des Magistrats entsprechend beschlossen, die Kuxe der Kohlenfelder der Gewerkschaft Röchling in der Nähe von Hamm, liegend am Lippe-Seitenkanal, für die Stadt Berlin anzukaufen. Ueber den Erwerb der Gewerkschaft Trier 1—3 ist der Berliner Stadtverordnetenversammlung bisher eine Magistratsvorlage nicht zugegangen. Die Entschließungen über den Ankauf der anderen Zechen haben sich die Gemeindebehörden noch vorbehalten. Die Gewerkschaft Röchling umfaßt Kohlenfelder in der Nähe von Werne, Herbern und Hamm in einer Größe von rund 20 000 Morgen. Diese Kohlenfelder sollen nach Gutachten von Sachverständigen besonders wertvoll sein durch ihren großen Reichtum an Fettkohle, die für Gaswerke bei Einrichtung von Kokereibetrieben in erster Reihe in Frage kommen dürften. Nach dem eingeholten Gutachten sollen die angekauften Felder wegen ihrer ungemein günstigen Form und Lage sehr vorteilhaft sein. Auch in Bezug auf die Verkehrsverhältnisse sind die Felder günstig gelegen, da die Möglichkeit besteht, ausgezeichnete Anschlüsse an zahlreiche Eisenbahnlinien des Westens zu erhalten und gleichzeitig eine gute Wasserverbindung durch den Lippe-Seitenkanal besteht. Die angebohrten Kohlenvorräte sollen sich angeblich auf 500 Millionen Tonnen belaufen.

— **Der Einbruch im österreichischen Konsulat in Zürich.** Wie die „Tribune de Geneve" meldet, wurden die beiden Einbrecher im österreichischen Konsulat an der Bahnhofstraße in Zürich eruiert. Es sind zwei italienische Deserteure, Berufseinbrecher. Sie haben sich dem italienischen Generalstabsbureau in Rom gestellt und alle gestohlenen Dokumente dort übergeben. Man erwarte sensationelle Enthüllungen.

— **Weshalb hat man jetzt immer Hunger?** Die Frage der Fettbeschaffung ist, wie der Jenaer Hygieniker Prof. Dr. Abel jüngst in einem Vortrag ausführte, eine der wichtigsten für die Volksernährung. Ein Genuß von 50 bis 60 Gramm täglich galt früher als das gewöhnliche. Vielfach ist in den letzten Jahren diese Menge noch bedeutend überschritten worden; namentlich die Kost des Städters hat sich immer fettreicher, ja zu fettreich gestaltet. Man kann rechnen, daß wir jetzt in der gesamten Nahrung nicht mehr als 10 bis 20 Gramm Fett täglich aufnehmen. Nun hat das Fett einen mehr als doppelt so hohen Heizwert für den Körper als Eiweiß und Kohlehydrate. Die Folge des Fettmangels ist also, daß wir bedeutend mehr als ehedem essen müssen, um dem Körper die gleiche Kraftmenge zu liefern. Das ist aber für die Verdauungsorgane des Städters, wenn er nicht sehr kräftige körperliche Arbeit zu leisten hat, eine schwere und vielleicht nicht zuträgliche Belastung. Mancher hat daher ständig Hunger, weil er gar nicht so viel essen kann, wie er müßte; es fehlt ihm die sättigende Wirkung der Fettnahrung.

Weitere Kriegsnachrichten.

Revolutionsgerüchte aus Italien.

TU **Basel,** 28. März. **Wie der „Basler Anzeiger" meldet, waren gestern in Basel und andern schweizerischen Städten hartnäckig Gerüchte verbreitet, denen zufolge die Revolution in Italien ausgebrochen sei.**

Aus Amerika.

TU **Neuyork,** 28. März. Aus Washington wird gemeldet, daß eine Registrierung der Deutschen notwendig sei, aber Kaufleute, die durch Verträge geschützt seien, würden nicht interniert werden, von den übrigen Eingewanderten lediglich solche, die man verdächtige, Ungelegenheiten anzustiften. Alles Eigentum werde respektiert. Die Regierung schlage ein scharfes Zensurgesetz vor, welches von der „Tribüne" und andern Blättern bekämpft werde.

Herrenhaus und York v. Wartenburg.

TU **Berlin,** 28. März. Wie das Berliner Tageblatt hört, wird die neue Fraktion des Herrenhauses in einer Erklärung zu der jüngsten Rede des Grafen York von Wartenburg Stellung nehmen. Der neue Vorsitzende der Fraktion, Oberbürgermeister Dr. Wermuth, wird diese Erklärung zur Verlesung bringen.

Das Gold dem Vaterland!

Der uneingeschränkte U-Boot-Krieg ist mit den Worten verkündet worden:

„Zum Kampf aufs Letzte sind wir herausgefordert! Wir nehmen die Herausforderung an. Wir setzen alles ein — und — — wir werden siegen!"

Jeder, dem die Größe dieser Entscheidung klar ist, wird wissen, daß dieser Kampf aufs Letzte die Bereitstellung ganz besonderer Mittel erfordert.

Immer dringender wird daher der Ruf: „Opfert den Goldschmuck fürs Vaterland! Eisern ist die Zeit. Tauscht Gold für Eisen!"

Es wird wiederholt darauf hingewiesen, daß

das Lebensmittelamt und die Räume der Polizei-Verwaltung

nachmittags für den Verkehr mit dem Publikum geschlossen sind, damit die umfangreichen schriftlichen Arbeiten auf dem Gebiete der Volksernährung bewältigt werden können.

Kamen, den 28. März 1917.

Die Ortsbehörde:

751 **J. V.: Moenninghoff, Stadtrat.**

Gesangbücher,

evangelische und katholische,

in allen Preislagen und grosser Auswahl

empfiehlt

Buchhandlung der „Kamener Zeitung".

Kamen, Weststrasse 10.

Milchkarten. — Milchhändler.

In den nächsten Tagen werden anstelle der abgelaufenen Milchkarten neue Karten ausgegeben. Die Händler werden nochmals darauf hingewiesen, daß es bei Strafe verboten ist, anderen als den mit Milchkarten versehenen Personen Milch zu verabfolgen.

Zur Behebung von Zweifeln weisen wir darauf hin, daß nur diejenigen Kuhhalter als Frischmilchhändler im Sinne der Bestimmungen über den Molkereizwang anzusehen sind, welche bisher die gesamte Vollmilch an die Kundschaft abgegeben oder anstelle der Milch Butter an unsere Sammelstelle im Lebensmittelamt abgeliefert haben. Alle anderen Kuhhalter sind dem Molkereizwang unterworfen und müssen die Milch an die Molkerei abliefern, es sei denn, daß sie von der Aufsichtsbehörde hiervon entbunden worden sind.

Kamen, den 28. März 1917. 761

Die Ortsbehörde: J. V. Moenninghoff, Stadtrat.

Bekanntmachung.

Die Reichsbekleidungsstelle beabsichtigt, für die Versorgung der hilfsdienstpflichtigen Arbeiter und der in der Kriegswirtschaft beschäftigten Personen mit Arbeitskleidung besondere Vorkehrungen zu treffen, wozu die genaue Anmeldung des Bedarfes an Arbeiterkleidung erforderlich ist.

Die in Frage kommenden Firmen und Arbeitgeber werden daher hiermit aufgefordert, bis zum 7. April, vormittags 9 Uhr, auf dem Stadtbauamte Rathaus Zimmer Nr. 17 anzumelden, welcher Bedarf an Arbeitskleidung für die genannten Personen in ihrem Betriebe besteht.

Formulare zu dieser Anmeldung sind auf dem Stadtbauamte zu beziehen. 755

Kamen, den 28. März 1917.

Die Ortsbehörde. J. V.: Moenninghoff, Stadtrat.

Gartenland-Verpachtung.

Ein Teil der Wegeflächen der Wirtschaftswege in der Südenfeldmark soll wirtschaftlich ausgenutzt u. als **Gartenland** verpachtet werden.

Ebenfalls sollen die auf dem städtischen Friedhofe freiliegenden Stücke als **Gartenland** verpachtet werden.

Die Verpachtung erfolgt an Ort und Stelle und zwar:

1. **am Sonnabend, den 31. März 1917, nachmittags 4 Uhr.** Treffpunkt am Bahnübergang Ecke Heerener- und Unnaerstraße.
2. **Am Montag, den 2. April 1917, nachmittags 4 Uhr.** Treffpunkt Friedhofskapelle auf dem städtischen Friedhofe.

Wünsche der Interessenten wegen Lage und Größe der Grundstücke werden nach Möglichkeit berücksichtigt werden.

Kamen, den 28. März 1917.

756 **Der Magistrat.** Moenninghoff.

Zu verkaufen

Mehrere Hundert starke Heckenpfähle

hat abzugeben 754

Gärtnerei G. Bruns,

Kamen.

Ia. Tinten zu haben in der Buchhdlg. der Kamener Ztg.



Ein 781

Zucht-Bullen,

14 Mon. alt, zu verkaufen.

Zu erfr. i. d. Geschäftsst.

Habe Weißkalk

(Düngekalk) auf Lager.

Ludger Schroelkamp,

Holz und Baumaterialien-Handlung, **Kamen.** 739

Zu vermieten

Abgeschlossene

Wohnung, 742

1. Etg., 5 Räume, evtl. noch 2—3 Mansarden, Speisek., Baderaum, Balkon, (55 Ruten Gartenland, gut gedüngt, kann mit übernommen werden), zum 1. April. evtl. zum 1. Juli oder früher zu vermieten.

Zu erfr. in der Geschäftsst.

Schlafstelle

mit Morgenkaffee frei. 748

Zu erfr. i. d. Geschäftsst.

Mietskontrakte

vorrätig in der Buchhandlung der Kamener Zeitung.

Verloren

Portemonnaie

mit Inhalt

von Zwischenstraße bis Kämerstraße von Kriegermann **verloren.** Gegen Belohnung abzugeben. 783

Näh. in d. Geschäftsst.

Sonntag sind die Geschäfte bis abends geöffnet.

Gott dem Herrn über Leben und Tod hat es gefallen, gestern abend ¼ vor 11 Uhr unsern teuren Schwiegervater, Bruder, Schwager, Grossvater, Urgrossvater und Onkel

Theodor Ostermann

nach kurzem Leiden, gestärkt durch den andächtigen Empfang der hl. Sterbesakramente im Alter von 80 Jahren in die Ewigkeit abzurufen, nachdem ihm vor 10 Tagen seine liebe Frau im Tode vorangegangen ist.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Wwe. Ostermann,
geb. Fischer
Luise Ostermann,
geb. Hohendahl.

Kamen, den 28. März 1917. 745

Die Beerdigung findet am Samstag, den 31. März, nachm. 4 Uhr, vom Sterbehause, Unnaerstr. 1, aus statt. – Das feierliche Levitenamt ist Montag, d. 2. April, 7¼ Uhr, in der Pfarrkirche zu Kamen. — Es wird gebeten, von Beileidsbesuchen abzusehen.

Gott dem Herrn über Leben und Tod hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, heute nachmittag 2¼ Uhr meinen lieben, unvergesslichen Mann, unsern lieben Vater, Schwager, Onkel u. Neffen

Emil Ostermann

nach mehrtägigen, schweren, mit christlicher Gottergebenheit ertragenen Leiden, mehrmals gestärkt durch den andächtigen Empfang der hl. Sterbesakramente, im Alter von 55 Jahren zu sich in die Ewigkeit abzurufen, nachdem ihm vor 10 Tagen seine liebe Mutter und gestern sein lieber Vater im Tode vorangegangen sind.

Dies zeigen tiefbetrübt an

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Luise Ostermann, geb. Hohendahl,
Gertrud Ostermann,
Amanda Ostermann,
Theodor Ostermann.

Die Beerdigung findet am Samstag, den 31. März, nachmittags 4 Uhr, vom Sterbehause, am Bahnhof 6, aus statt, gemeinsam mit der Beerdigung seines Vaters.

Das feierliche Levitenamt ist Dienstag, den 3. April, 7¼ Uhr, in der Pfarrkirche zu Kamen.

Es wird gebeten, von Beileidsbesuchen abzusehen. 764

Ausgabe des Restes der Lieferscheine zum Empfang von Kartoffeln.

Obwohl wir an 7 Tagen die Lieferscheine für Speisekartoffeln ausgegeben haben, hat es dennoch ein Teil der Versorgungsberechtigten versäumt, die Lieferscheine in Empfang zu nehmen. Wir setzen deshalb erneut die Ausgabe der Lieferscheine auf

Sonnabend, den 31. März ds. Js., vormittags von 8 — 9 Uhr,

auf dem Lebensmittelamt — Zimmer 4 — mit der Maßgabe fest, daß späterhin Lieferscheine keinesfalls mehr ausgefertigt werden. 760

Kamen, den 30. März 1917.

Die Ortsbehörde. J. V.: Männinghoff, Stadtrat.

Stärkewäsche
Kragen, Manschetten, Oberhemden liefert schnellstens 94
Färberei
Galluschke
Kamen, Weststr. 88.
Unna, Bahnhofstr. 20.

Schreibmaterialien
zu haben in der **Buchhdlg.** der **Kamener Zeitung.**

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, Dienstag morgen 4 Uhr meinen lieben Mann, unsern guten Vater, Schwiegervater, Grossvater, Bruder, Schwager und Onkel, den

Berginvaliden

Heinrich Rumpf

im Alter von 55 Jahren nach kurzem, schwerem Leiden zu sich in ein besseres Jenseits abzurufen.

Um stille Teilnahme bitten

Die trauernden Hinterbliebenen.

Oberaden, Lünen, Werne, Altendorf b. Aachen, Dortmund, Dinslaken und Wesel, den 28. März 1917.

Die Beerdigung findet Freitag nachmittag 3 Uhr vom Trauerhause aus in Methler statt. 747

Bei vorkommenden
Sterbefällen
empfehlen wir unsere Buchdruckerei zur Anfertigung von
Trauerbriefen,
Trauer-Andenken,
Trauer-Dankkarten,
Beileidskarten
in einfacher sowie hochfeinster Ausführung bei billigster Berechnung u. denkbar kürzester Lieferfrist.
Abfassung des Textes bereitwilligst.
Kamener Zeitung
G. m. b. H.
Kamen, Weststrasse 10.
Tel. Nr. 1. Tel. Nr. 1.

Verordnung

über Labmägen von Kälbern.

Auf Grund der Bekanntmachung über Kriegsmaßnahmen zur Sicherung der Volksernährung vom 22. Mai 1916 (Reichsgesetzblatt S. 401) wird verordnet:

§ 1. Labmägen von Kälbern dürfen vom 4. März 1917 ab nur mit Erlaubnis des Kriegsausschusses für pflanzliche und tierische Oele und Fette, G. m. b. H., in Berlin abgesetzt werden.

§ 2. Wer Labmägen, die der Absatzbeschränkung nach § 1 unterliegen, im Gewahrsam hat, hat sie an den Kriegsausschuß für pflanzliche und tierische Oele und Fette, G. m. b. H., in Berlin oder die von ihm bestimmten Stellen nach den Weisungen des Kriegsausschusses zu liefern. Die Lieferungspflicht gilt nicht für Labmägen, die bei Hausschlachtungen abfallen, soweit sie im eigenen Haushalt oder der eigenen Wirtschaft Verwendung finden. Der Präsident des Kriegsernährungsamtes erläßt die erforderlichen Bestimmungen über die Anmeldung, Sammlung, Behandlung, Aufbewahrung und Lieferung der Labmägen.

Der Kriegsausschuß hat die Labmägen abzunehmen und einen angemessenen Uebernahmepreis zu zahlen. Der Präsident des Kriegsernährungsamtes trifft die näheren Bestimmungen über die Preise, die hierbei nicht überschritten werden dürfen. Einigen sich die Beteiligten nicht über den Preis, so setzt ihn der Kriegsausschuß endgültig fest. Er ist dabei an die vom Präsidenten des Kriegsernährungsamtes bestimmten Preisgrenzen gebunden.

§ 3. Die Beamten der Polizei und die von der Polizei beauftragten Sachverständigen sind befugt, in die Räume, in denen Kälbermägen gewonnen, aufbewahrt oder feilgehalten werden, jederzeit einzutreten, daselbst Besichtigungen vorzunehmen, Geschäftsaufzeichnungen einzusehen und Proben zu entnehmen. Wer Kälbermägen im Gewahrsam hat, ist verpflichtet, den Beamten der Polizei und den von der Polizei beauftragten Sachverständigen über die Vorräte, insbesondere über Herkunft, Menge, Alter und Erwerbspreis Auskunft zu geben.

§ 4. Der Präsident des Kriegsernährungsamtes kann Bestimmungen zur Ausführung dieser Verordnung erlassen. Er kann Ausnahmen zulassen.

Die Landeszentralbehörden können mit Zustimmung des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes den Verkehr mit Labmägen abweichend von den Vorschriften dieser Verordnung regeln.

§ 5. Mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark wird bestraft:

1. wer Labmägen der Vorschrift im § 1 zuwider absetzt;
2. wer der Lieferungspflicht nach § 2 Absatz 1 nicht nachkommt;
3. wer die von ihm nach § 3 erforderte Auskunft nicht in der gesetzten Frist erteilt oder wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht;
4. wer den nach § 2 Absatz 1, § 4 erlassenen Bestimmungen des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes oder der Landeszentralbehörden zuwiderhandelt. Neben der Strafe kann auf Einziehung der Labmägen erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

§ 6. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündigung in Kraft.

Berlin, den 1. März 1917.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers:
Dr. Helfferich.

Veröffentlicht!

Kamen, den 28. März 1917. 743

Die Ortsbehörde. J. V.: Moenninghoff, Stadtrat.

Ausführungsbestimmungen

zur Verordnung über Labmägen von Kälbern vom 1. März 1917. Vom 1. März 1917.

Auf Grund der Verordnung über Labmägen von Kälbern vom 1. März 1917 wird bestimmt:

I. Labmägen, die nach § 2 der Verordnung abzuliefern sind, sind dem Kriegsausschuß für pflanzliche und tierische Oele und Fette, G. m. b. H., Rohfettabteilung, in Berlin SW., Friedrichstraße 79a, vom Lieferungspflichtigen anzumelden.

Die Anmeldung hat zu erfolgen:

a) für die mit Beginn des 4. März 1917 im Gewahrsam des Lieferungspflichtigen befindlichen Labmägen bis zum 7. März 1917; Labmägen, die sich mit Beginn des 4. März unterwegs befinden, sind binnen drei Tagen nach Empfang anzumelden;

b) für Labmägen, die aus dem Ausland eingeführt werden, binnen drei Tagen nach Empfang;

c) für Labmägen, die nach dem 3. März 1917 im Inlande anfallen, binnen drei Tagen nach der Schlachtung.

Die Anmeldung muß die Anzahl und Art (fehlerfreie oder schadhafte) der Labmägen und den Ort angeben, wo die Labmägen sich befinden; bei Labmägen, die nach dem 3. März 1917 im Inlande anfallen, ist auch der Tag und Ort der Schlachtung sowie die Anzahl der geschlachteten Tiere anzugeben. Etwaige besondere Mitteilungen müssen in deutlicher und verständlicher Form gehalten sein.

Die Anmeldung kann durch Vermittlung der Ortspolizeibehörde erfolgen, die sie nach Prüfung der Vollständigkeit unverzüglich an die Rohfettabteilung des Kriegsausschusses für pflanzliche und tierische Oele und Fette, G. m. b. H., in Berlin SW., Friedrichstraße 79a, weitergibt.

II. Das Lieferungsverlangen des Kriegsausschusses erfolgt entweder gegenüber dem einzelnen Lieferungspflichtigen oder auf Ersuchen des Kriegsausschusses durch Bekanntmachung der Ortspolizeibehörde gegenüber sämtlichen Lieferungspflichtigen des Bezirks.

III. Bei Behandlung, Aufbewahrung und Sammlung der abzuliefernden Labmägen ist die größte Sorgfalt anzuwenden.

Die Behandlung hat in folgender Weise zu geschehen: Sofort nach der Schlachtung sind die Labmägen mit möglichst langem Hals abzuschneiden und trocken zu reinigen. Wasser darf bei der Reinigung nicht verwendet werden. Die gereinigten Labmägen sind aufzublasen und zum Trocknen an luftiger Stelle aufzuhängen. Nach beendeter Trocknung sind die Labmägen zum Zwecke des Versandes anzustechen und glatt zu streichen.

Der Lieferungspflichtige kann die Behandlung der Labmägen den dem Kriegsausschuß angeschlossenen Feintalgschmelzen überlassen, welche die Rohfettabteilung des Kriegsausschusses allgemein oder im Einzelfalle bezeichnet. In diesem Falle hat der Lieferungspflichtige bei der Lostrennung und Reinigung nach den im Absatz 2 gegebenen Vorschriften zu verfahren und dafür Sorge zu tragen, daß die Labmägen unverzüglich und ohne Beschädigung an die Feintalgschmelze gelangen.

IV. Der Preis für gut aufgeblasene, fehlerfreie Labmägen darf 60 Pfennig für das Stück, der Preis für schadhafte Labmägen (Stangenmägen) darf 40 Pfennig für das Stück nicht übersteigen. Die Zahlung erfolgt binnen zwei Wochen nach dem Tage, an dem die Labmägen an den Kriegsausschuß oder die von ihm bezeichneten Stellen abgeliefert worden sind. Einigen sich die Beteiligten nicht über den Preis, so erfolgt die Zahlung binnen zwei Wochen nach der endgültigen Festsetzung des Preises durch den Kriegsausschuß.

Für Labmägen, die von dem Besitzer zu einem höheren als den im Absatz 1 bezeichneten Preise erworben worden sind, können bis zum 1. April 1917 Zuschläge zu den im Absatz 1 bezeichneten Preisen mit der Maßgabe bewilligt werden, daß der Preis für den Labmagen zwei Mark nicht übersteigen darf.

Für Labmägen, die bei Hausschlachtungen anfallen, kann der Kriegsausschuß besondere Zuschläge bewilligen.

Ueberläßt der Lieferungspflichtige die Behandlung der Labmägen einer Feintalgschmelze (vergl. III Absatz 3), so ist von dem Preise die den Feintalgschmelzen für die Behandlung zustehende Gebühr in Abzug zu bringen.

Der Kriegsausschuß setzt die den Feintalgschmelzen zustehende Gebühr für die Behandlung und Aufbewahrung frischer Labmägen sowie für die Sammlung und Aufbewahrung bereits behandelter Labmägen fest.

Anträge, welche die Festsetzung von Preisen für Labmägen betreffen, sind an die Rohfettabteilung des Kriegsausschusses für pflanzliche und tierische Oele und Fette, G. m. b. H., in Berlin SW., Friedrichstraße 79a, zu richten.

Berlin, den 1. März 1917.

Der Präsident des Kriegsernährungsamts:
v. Batocki.

Veröffentlicht! 744

Kamen, den 28. März 1917.

Die Ortsbehörde. J. V.: Moenninghoff, Stadtrat.

Kamener Zeitung

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der

Märkischen Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für die Stadt Kamen.

Freiwillige Unfall-Unterstützung nach Maßgabe der veröffentlichten und in der Geschäftsstelle einzusehenden Bedingungen.

Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Petitzeile 15 Pf., Reklamezeile 60 Pf. Bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. Jeder Rabatt gilt als Kassarabatt und erlischt bei Nichteinhaltung unserer Zahlungsbedingungen, sowie bei Konkursen, Zwangsvergleichen und gerichtlichen Klagen. Für die Aufnahme an bestimmt vorgeschriebenen Stellen wird keine Gewähr geleistet.

Erscheint täglich mit der Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim" Monatlicher Bezugspreis 75 Pf. durch die Post bezogen vierteljährlich 2.25 Mk. Verlag der Kamener Zeitung, G. m. b. H., in Kamen. Geschäftsstelle Kamen, Weststr. 10. Fernsprecher Nr. 1. Für die richtige Ausführung telephonisch aufgegebener Anzeigen wird jede Verantwortung abgelehnt. Für die Redaktion verantwortlich: H. Schubeis.

Nr. 75 (2. Blatt) Donnerstag, den 29. März 1917 45. Jahrgang

Die Wahrheit über die Ursachen der englischen Erfolge auf kolonialem Gebiete.

Von
Legationsrat Dr. A. Zimmermann.

Von Alters her ist es in Deutschland Mode gewesen, Englands Begabung für Entwicklung und Besiedelung überseeischer Länder zu preisen und seine koloniale Politik als Muster hinzustellen. Dabei hat man aber merkwürdigerweise kaum übersehen, daß man damit, ohne es zu wollen, Gewalt, Seeraub und Hinterlist auf jedem Gebiete, statt friedlicher Arbeit den Völkern als Ziel für ihre Tätigkeit empfiehlt. Wer mein Werk über die Geschichte der europäischen Kolonien (Berlin, Mittler & Sohn) *) durchzusehen sich der Mühe nicht verdrießen läßt, wird sich unschwer davon überzeugen, daß England seine Erfolge auf kolonialem Gebiete viel weniger durch friedliche, ernste Arbeit, als durch Plünderung anderer Völker erreicht hat. Während aber Deutschland z. B. noch heute von durchaus wohlmeinenden, nur leider schlecht unterrichteten Leuten häufig aller möglichen Gewaltaten gegen koloniale und andere Völker bei dem Erwerbe seines bescheidenen Ueberseebesitzes beschuldigt wird, hört man so gut wie niemals von einer ähnlichen Anklage gegen England. Und gerade hier wäre sie doch voll am Platze! Drei der wichtigsten Besitzungen, die für Englands Weltherrschaft von ausschlaggebender Bedeutung sind, Ostindien, Westindien und Kanada, sind nicht durch England für die europäische Kultur erschlossen worden. Das Verdienst dafür kommt vielmehr Portugal, Spanien, Holland und Frankreich zu. An der Eroberung und Erschließung Ostindiens haben sie bekanntermaßen alle vier mehrere Jahrhunderte lang um die Wette gearbeitet. Portugal war es, das zuerst die Macht der Araber und Aegypter hier gewaltsam gebrochen und den direkten Verkehr mit Europa ums Südende Afrikas herum ins Leben gerufen hat. Seine Erbschaft haben Spanien, Holland und Frankreich angetreten, denen es gelungen ist, auch Hinterindien und die Inselwelt dem Handel und Wandel Europas zu erschließen und dienstbar zu machen. Nachdem sie Jahrhunderte lang große Summen und zahllose Menschen dafür geopfert hatten, beraubte sie England unter Ausnutzung einer günstigen Weltlage der Früchte ihrer Mühen. Während Preußen im Kampf um seinen Bestand den Franzosen in Europa schwere Niederlagen beibrachte, nahm ihnen England den indischen Besitz weg. Nachdem ihre Macht hier gebrochen war, wurden die Kriege der französischen Revolution von den Briten benutzt, das gesamte holländische Kolonialreich in die eigene Tasche zu stecken. Als der Friede kam und England das Bedürfnis empfand, Holland wieder herzustellen, um Deutschland von den Rheinmündungen und der Nachbarschaft des Kanals fern zu halten, gab es zwar den Mynheers einen Teil ihres indischen Besitzes wieder heraus, aber behielt alle holländischen Plätze auf dem vorder- und hinterindischen Festlande ebenso wie Ceylon!

Den größten Teil Westindiens hat es ebenso europäischen Völkern, die es erschlossen und bewirtschaftet hatten, weggenommen; das meiste nebst Jamaika und Portorikо den Spaniern, den Rest den Franzosen und Holländern. Den riesigen kanadischen Besitz haben sie ganz auf Kosten Frankreichs erworben, das dafür Jahrhunderte lang die größten Opfer gebracht hatte. Hier zeigt sich auch schlagend, wie falsch es ist, die kolonisatorischen Talente der Engländer immer denen aller anderen Völker voranzustellen. Anderthalb Jahrhunderte englischer Herrschaft haben nicht vermocht, französische Sprache und Sitte aus Kanada zu verdrängen!

Selbst Nordamerika, das heute allgemein als reiner englischer Tochterstaat gilt, ist nur zum kleinsten Teile von England besiedelt und erschlossen worden. In Wahrheit beschränkte sich während zweier Jahrhunderte englischer Herrschaft die Tätigkeit der Briten auf einen ziemlich schmalen Küstenstrich am Atlantischen Meere. Im Süden dieses Streifens haben ebenso wie an der pazifischen Küste Spanier, im Gebiete des riesigen Mississippitales Franzosen die ersten und schwierigsten Arbeiten vollbracht und die Grundlagen der europäischen Besiedelung geschaffen!

Und mit dem Reste des englischen Kolonialbesitzes, abgesehen vom australischen Festlande, steht es nicht anders. In Afrika haben die Engländer nirgends die erste Kulturarbeit geleistet und bahnbrechend gewirkt. Das ganze tropische Afrika haben sie den Portugiesen weggenommen, abgesehen von einzelnen Gebieten, wo sie Holländer, Dänen oder Franzosen um die Früchte ihrer Arbeit gebracht haben. Kapland und Nachbarschaft haben sie den Holländern geraubt, Aegypten ist durch sie den Türken ebenso gewaltsam weggenommen worden wie Südarabien und Cypern. Wenn Südamerika nicht zur englischen Kolonie geworden ist, verdankt es das nur der Stärke, über die hier die spanische und portugiesische Herrschaft einst verfügte. Am Willen hat es den Briten nicht gefehlt. Sie haben ihn dadurch bekundet, daß sie alle Inselgruppen und leichter zu nehmenden Gebiete mit List oder Gewalt dort in ihren Besitz gebracht haben. Und selbst in Australien, das ihnen anfänglich nur als Zuchthaus für Verbrecher geeignet schien, hätten sie schwerlich große Erfolge so rasch erzielt, wenn ihnen nicht bei der Goldentdeckung Siedler aus allen Ländern, und besonders deutsche, in so übergroßen Massen zugeströmt wären. Sie haben mit ihrem Blut und ihrer Arbeit vorwiegend diesen Erdteil erschlossen.

Unter denkbar ungünstigen Umständen, ohne jede Unterstützung und Förderung haben deutsche Siedler seinerzeit in Australien, Südamerika und Nordamerika wunderbare Leistungen vollbracht und den fremden Kolonialvölkern sehr wesentlich zu ihren Erfolgen verholfen. Deutsche haben in den wenigen Jahrzehnten, die ihnen zur Verfügung gestanden haben, ebenso Hervorragendes in den schwierigsten Gebieten Afrikas geleistet. Hätten sie, wie England, ungestört hunderte von Jahren sich in überseeischen Gebieten als Eigentümer beschäftigen können, so würden sicher ihre Erfolge hinter denen der Briten nicht zurückstehen.

*) Einen kurzen Ueberblick über den ganzen Stoff hat der Verfasser neuerdings in seiner „Kolonialpolitik der Großmächte", Illstein & Co., 1916, geboten. Die Schriftlei ung.



Eine österreichisch-ungarische Feldredaktion.

Weitere Kriegsnachrichten.

Unsichere Haltung der russischen Truppen.

(TU) In den Kreisen der neuen Petersburger Regierung herrscht eine geradezu panische Furcht vor der Haltung der Armee in der nächsten Zukunft. Die Lage wird in den russischen Armeekommandos als äußerst ernst bezeichnet, da die Haltung der feindlichen Truppen im Falle eines starken feindlichen Angriffes gänzlich ungewiß ist. Im Heere wird eine mächtige Werbearbeit getrieben, die Waffen zu strecken sobald der Feind angreift. Offiziere, die diese Agitation zu ersticken versuchten, wurden sofort erschossen. Die provisorische Regierung wandte sich darum an das ganze Land mit einem Aufruf, worin es heißt, die Armee müsse wählen zwischen dem Krieg und der Unterordnung unter Deutschland. Eine deutliche Antwort darauf erteilte sofort die sozialistische Zeitung „Prawda". Sie veröffentlichte eine Resolution des Zentralkomitees der Arbeiter und Soldaten worin die Soldaten ermahnt werden, die Schützengräben zu verlassen und zum Feinde überzugehen. Die Deutschen würden sich in die Ordnung der russischen Verhältnisse nicht einmischen, die Russen brüderlich empfangen und den Frieden herstellen.

Das Telegramm der Grossfürsten.

(W) Die Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch, Nikolaus Michailowitsch, Alexander Michailowitsch, Boris Wladimirowitsch, Sergius Michailowitsch, Georg Michailowitsch, Dimitri Konstantinowitsch, die Prinzen Gabriel Konstantinowitsch und Igor Konstantinowitsch und der Herzog Alexander von Oldenburg sandten der provisorischen Regierung ein Telegramm, in dem sie sich vollständig der Anschauung anschlossen, die in der vom Großfürsten Michael Alexandrowitsch unterzeichneten Abdankungsurkunde dargelegt ist. Gleichzeitig sprachen sie den festen Entschluß aus, die provisorische Regierung in jeder Weise zu unterstützen. Betreffend die Apanagegüter der Großfürsten und Prinzen drücken sie die Ansicht aus, daß diese in Uebereinstimmung mit den oben genannten Urkunden jetzt Staatseigentum seien.

Englands Furcht vor einer deutschen Invasion.

(TU) „Nieuwe Rott. Courant" meldet aus London: Im Unterhause teilte Bonar Law am Montag mit, es gingen Gerüchte, daß eine deutsche Invasion an bestimmten Punkten der Ostküste bevorstehe. Kein vernünftiger Mensch glaube aber daran. Die Ursache sei ein Befehl an die Truppen, auf alles vorbereitet zu sein.

Die gefährliche spanische Teuerung.

(W) Die „Frankfurter Zeitung" meldet aus Madrid: Die ungeheure Teuerung infolge maßloser Ausfuhr droht schlimme Folgen zu haben. Die hungernden, erbitterten Arbeiter mit Einschluß der Eisenbahner kündigen den Generalstreik an. Der Zivilgouverneur von Madrid ist zurückgetreten.

Kleine Kriegsnachrichten.

„Progres de Lyon" zufolge ist am 23. März morgens Galaz von einem bulgarisch-deutschen Flugzeuggeschwader mit Bomben belegt worden, angeblich sei kein Sachschaden angerichtet worden.

Das Londoner Pressebüro meldet: Dienstag früh ereignete sich in einer Munitionsfabrik in Nord-England eine durch Zufall verursachte Explosion. Es wurde kein ernstlicher Schaden angerichtet. Eine Person wurde getötet, 9 verletzt, davon drei schwer.

Bonar Law teilte in der Sitzung des Unterhauses mit, daß infolge der Ablehnung der Löhne der Arbeiter in den Wickerschen Maschinenfabriken in Barrow, Furneß und Lankashire ein Aufstand entstanden sei.

Westfalen u. Rheinland.

Aus dem Amte Brackel, 28. März. **(Ablieferung von Stroh.)** Im Amte Brackel wird aller Voraussicht nach die weitere Ablieferung von Stroh für die Zwecke der Heeresverwaltung zwangsweise, das heißt durch Enteignung durchzuführen sein, wenn nicht noch ungesäumt weitere Mengen Stroh freiwillig abgeliefert werden. Es wird auf dieses Recht der Kommunalaufsichtsbehörde hingewiesen und werden die Herren Landwirte dringend ersucht, aus vaterländischem Pflichtgefühl sich dieser Pflicht ohne unmittelbaren Zwang zu unterziehen. Aus den übrigen Aemtern des Kreises ist für die Heeresverwaltung Stroh in reichlichen Mengen freiwillig zur Ablieferung gebracht worden.

Affeln, 28. März. **(Diebstähle.)** In der Nacht vom 19. zum 20. d. Mts. wurden dem Landwirt Bammeister von hier aus seinem Hühnerstall 14 Hühner gestohlen. Die Tiere, die einen Wert von 150 Mark hatten, wurden an Ort und Stelle abgeschlachtet. Die Tür des Hühnerstalles war gewaltsam erbrochen. In derselben Nacht wurden dem Bauunternehmer Rätmann aus seiner Werkstatt 5 kleine Treibriemen gestohlen. Die Diebe haben eine Fensterscheibe zertrümmert, darnach das Fenster aufgeriegelt und sind dann eingestiegen. Der Wert der Riemen beträgt 300 Mark.

Wer zahlt die städtischen Teuerungszulagen?

Bochum, 28. März. Die Lehrerschaft wurde in peinliches Erstaunen versetzt durch die ihnen von den Schulleitern im Auftrage des Magistrats übermittelte Nachricht, daß die Stadt Bochum die Kriegsteuerungszulage für die Rektoren, Volksschullehrer und -Lehrerinnen bis auf weiteres nicht mehr zahlen werde. (Die Stadt zahlte sie bereits ein Jahr lang.) Zu dieser Maßnahme sei Veranlassung das Verhalten der Kgl. Staatsregierung. Der Magistrat bedauere außerordentlich, so vorgehen zu müssen, aber er vertraue auf die bürgerliche Einsicht der beteiligten Lehrpersonen und hoffe, daß die Angelegenheit bald zur Zufriedenheit erledigt sein wird. Der Magistrat sei gern bereit, einer Lehrerabordnung die Gründe für seine Maßnahme näher darzulegen. — Der Streit zwischen Staat und Gemeinde, der in Bochum nun durch Einstellung der Zahlungen beginnt, dürfte, wie die „Rh.-Westf. Ztg." meint, ganz Westfalen und Rheinland erfassen, denn es haben mit wenigen Ausnahmen fast alle Gemeinden die Kriegszulagen bisher ausgezahlt in der sicheren Erwartung, daß der Staat sie zurückerstatten wird. Nun hat jedoch in einer der letzten Abgeordnetenhaussitzungen der Finanzminister rundheraus erklärt, daß die Gemeinden mit einer Rückzahlung nicht zu rechnen hätten. Infolgedessen stellt jetzt Bochum die Auszahlung ein. Unsere Industriestädte gehören fast samt und sonders zu steuerlich notleidenden Gemeinden und sie werden sich bedanken, die Zulagen allein zu tragen. Der Lehrer wird als Staatsbeamter betrachtet, die Gemeinden haben nur das Recht, ihn zu besolden. Dieser Streit wegen des Charakters der Schule als Staats- oder Gemeindeanstalt wird nun in den Parlamenten einmal grundsätzlich zur Klärung kommen müssen. Die bisherige Behandlung der Frage hat, wie man sieht, jetzt ihr Ende mit Schrecken genommen. In Hagen hat sich Oberbürgermeister Cuno freilich bisher beharrlich und mit Erfolg geweigert, die Zulagen auszuzahlen. Viele andere Städte und Gemeinden sind aber nicht so vorsichtig gewesen. Der Städtetag und die Lehrerschaft werden ihre Belange schon geltend machen, und sie werden hierbei die Volksvertretungen zweifellos für sich haben. Die Gemeinden dürften wahrscheinlich auch gegen den Staat mit Ersatzklagen auf Rückerstattung der bereits vorgeschossenen Zulagen vorgehen.

*

! **Gelsenkirchen**, 26. März. **Aus dem Rhein-Herne-Kanal**, bei der Kanalschleuse in Gelsenkirchen-Heßler, wurde eine unbekannte männliche Leiche gezogen, mit einem Strick und Würgmale am Hals. Ausweispapiere oder andere Kennzeichen wurden bei der Leiche nicht vorgefunden. Der Tote steht im Alter von etwa 50 Jahren.

Essen, 26. März. **(Großer Diebstahl.)** In der Sedanstraße, einer ruhigen, vornehmen Wohnstraße im Ostviertel, wurde ein Haus, dessen Bewohner auf einige Tage verreist sind, von Dieben erbrochen und alles fortgeschleppt, was nicht einigermaßen niet- und nagelfest war. Der Wert der Diebesbeute wird auf über 4000 Mark geschätzt.

Die 6. Kriegsanleihe ist der Kraftbeweis des deutschen Volkes.

Velbert, 28. März. **Einer ganz abgefeimten Gaunerin** fiel eine hiesige Kriegerfrau zum Opfer. Vor einigen Tagen hatte sie die amtliche Nachricht erhalten, daß ihr Mann vor dem Feinde gefallen sei. Nun erschien eine junge Frau bei ihr, die eine Postmütze trug, und überreichte ihr ein angebliches Telegramm ihres Mannes. In diesem teilte dieser seiner Frau mit, daß er sich in einem Gefangenenlazarett befinde, schwer verwundet sei, aber hoffe, wieder gesund zu werden; sie möge ihm sofort telegraphisch Geld senden. In ihrer großen Bestürzung bemerkte die Kriegerfrau nicht, daß das Telegramm gefälscht war, und übergab der Schwindlerin 25 Mark zur Absendung an ihren Mann. Erst später gewahrte sie den Betrug. Außer den 25 Mark hatte sie der „Beamtin" auch noch die Gebühren für Telegramme mitgegeben, worin sie ihren Verwandten die freudige Nachricht mitteilte, daß ihr Mann lebe.

Solingen, 28. März. **Als der Ermordung** des Reisenden Grab aus Merscheid verdächtig wurde in Hamburg ein Ehepaar Röder verhaftet.

Für's Heim



Unterhaltungs-Beilage für Stadt und Land

Heimgefunden.

Roman von B. v. d. Lancken.

(3. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

XV.

Die ersten Tage nach jenem Abend wurde Rudolf Felsinger eine gewisse Unruhe nicht los und ging oft nach dem Postamt, wo er sonst Gertruds Briefe abzuholen pflegte. „Nichts", war die stets gleiche Antwort des Beamten. Als nun so etwas mehr als eine Woche verflossen war, gab er's auf, aber auch zu Hause fürchtete er, Briefe von ihr zu bekommen, mit der Maschine und unter einem Geschäftscouvert war es auch früher zuweilen, allerdings selten, geschehen. „Nichts", lautete auch hier die Antwort, die er sich selbst gab, wenn er die Post auf seinem Schreibtisch durchsah. Jedesmal empfand er's wie eine Erlösung und war ganz beruhigt, als fast vier Wochen ins Land gezogen, ohne daß irgend ein Lebenszeichen von ihr zu ihm drang, ohne daß Gertrud Gadebusch noch seinen Weg kreuzte. Vier Wochen waren nach seinen Begriffen eine ausreichende Zeit, um mit einer Herzensenttäuschung fertig zu werden. Diese vier Wochen waren vorüber, also war sie damit fertig geworden, „wie alle", schloß er seinen Gedankengang und am nächsten Sonntag, als er bei Ellerichs zu Tisch eingeladen war und er eine Viertelstunde mit Konradine allein war, man gut gegessen und reichlich gute Weine getrunken, kam die Entscheidung schneller, als er gedacht. Seine Sinne verführten ihn. Er stand hinter Konradines Stuhl, ihr runder, kräftiger Nacken hob sich aus dem duftigen hellblauen Stoff des Ausschnitts, die kleinen, kurzen starken Löckchen kräuselten sich darüber, er konnte nicht widerstehen, beugte sich nieder und küßte diesen weißen, vollen Nacken mit seinen heißen Lippen — — —

Sie schrie leise auf, sprang empor, ihre Wangen glühten, in ihren Augen flirrte es, blitzschnell griff er nach ihr, sie warf ihre Arme um seinen Hals. Sie küßten sich heiß und wild — wie in einem Taumel.

„Ich liebe dich, liebe dich," raunte sie in sein Ohr.

Telephonisch wurde eine Stunde später von Vater Ellerich nach der Bendler- und Zimmerstraße die frohe Nachricht verkündet und die „Familie" zum Abendessen eingeladen. Alle kamen, nur Ernst nicht.

In schäumendem Sekt wurde auf das Wohl und die glückliche Zukunft der Verlobten angestoßen.

Nun war Rudolf Felsinger „legitim" verbunden. — —

Gertrud hatte natürlich auch eine Anzeige erhalten, sie starrte auf das Blatt wie geistesabwesend. Noch schrecklicher war das, als an jenem Abend wo sie sich voneinander getrennt hatten für immer. Er war verloren, jetzt schon, so rasch. Ihre ganze Liebeszeit mit Felsinger erschien ihr nun wie

Die Pflicht zum Opfer.

Und wenn die Welt voll Feinde wär,
Wie Dünensand am Meere,
Wir stehen fest, fest steht das Heer,
Fest steht die deutsche Ehre.

Fest steht zu Kaiser und zu Reich
Das Volk durch alle Schichten
Und wird mit hartem Schwertesstreich
Der Feinde Ränke richten.

Des Weltenschicksals Würfel rollt;
Jetzt gilt's die Schlacht zu schlagen.
Und unser Stolz ist: Schmuck und Gold
Zum Volksaltar zu tragen.

Wir haben opferfrohen Mut,
Die Alten und die Jungen,
Wir halten durch mit Gut und Blut,
Bis wir den Feind bezwungen.

Bei uns des Friedens Glanz erhellt,
Den wir einst haben müssen,
Dann legen wir dem Herrn der Welt
Den deutschen Dank zu Füßen.

Karl Heltau.

eine Schmach und daneben tobte eine wahnsinnige, rasende Eifersucht in ihr, die sich bis zur Verzweiflung steigerte und ein Zorn gegen die andere, vor dem sie selbst erschrak. In ihrem Stübchen sah sie, die Hände zwischen den Knien und starrte wie stumpfsinnig vor sich hin. — Es war nachmittags, ein weicher, warmer, grauer Sommertag, durch das offene Fenster drang Schwüle und die roten glühenden Blütendolden der Geranien standen steif und reglos, unten im Hof dasselbe Leben wie immer, spielende schreiende Kinder, das Geräusch des Hobels aus der Tischlerwerkstatt, der lustige Sing-Sang des armen, irrsinnigen Schusters. — So war's immer gewesen, einst — ja einst! Wie weit lag dies „einst" zurück. Wie schön war dies „einst" gewesen und jetzt, und heute? Vor ihr auf dem Tisch lag sein Bild, der elegante, hübsche Rudi Felsinger. Wie hatte sie ihn geliebt, liebte sie ihn heute noch und war von ihm verlassen und mußte ihn einer andern geben. Die genoß nun all die Liebe, die er ihr gegeben, seine wilden, stürmischen Zärtlichkeiten.

Das Schrillen der Korridorglocke weckte sie aus ihrem Grübeln, ohne daß sie weiter darauf achtete. Plötzlich wurde die Tür aufgerissen, Julius trat ein, sein Blick fiel auf das Bild, auf die Verlobungsanzeige, auf das blasse, vergrämte Mädchengesicht, die zusammengesunkene, jammervolle Gestalt. Er war augenscheinlich wieder angetrunken und sprach, wie meist dann, den gewöhnlichen Berliner Dialekt.

„Ja, da kommt davon, wenn man so'ne sentimentale, verdrehte Gans is wie du," zischte er.

Ein Aufschluchzen war ihre einzige Antwort.

„Und ich bin och aufgeschmissen."

„Du?"

„Na ja — so lange er mit die poussierte, hat er immer was für mich übrig jehabt und damals, an dem Sonntag, du weißt doch — na — ja — wie ick ihm damals gesagt habe, det du janz alleene zu Hause wärst — da hat er mir 50 Emmchen jeleben und det Blaue vom Himmel versprochen, wenn — wenn —." Er lachte roh.

„Das ist nicht wahr! — Du lügst!" schrie sie auf.

„Doch is et wahr. Warum denn nich?"

„Elende seid Ihr, du und er, Ihr alle — alle, elende, erbärmliche Kerle!"

„Na — na, man immer sachte, mein Fräulein Schwester." Er war plötzlich nüchtern geworden und der Schreck packte ihn. „Du fällst wirklich auf so'n Unsinn rein, Trude, beißt auf jeden Zopf. Du bist wirklich eine Gans und eine große. Dummes Mädel du, geh, laß dich nich auslachen!"

Sie sah ihn an wie entgeistert, strich sich langsam das wirre Haar aus der Stirn. Sie wußte nicht mehr, was sie glauben sollte, rat- und hilflos starrte sie ihn an, sie jammerte ihn doch. Er ergriff ihre kalte Hand.

„Aber Trude, wie kannst dich bloß so hinnehmen lassen! So'n Jammer um ein Mannsbild! — So'n schönes Mädchen! Zehn kriegst du noch für den da, mußt nur ein andermal klüger sein. Sei doch vernünftig."

Sie entzog ihm ihre Hand, der Ekel wegte ihr in der Kehle, sie schluckte krampfhaft, rang die Hände ineinander.

„Ich war dir immer zu schlecht," fuhr er fort, „und nu? Ja, siehste, nu bin ich der Einzige der sich um dich kümmert!"

„Geh laß mich allein!" sagte sie.

„Wenn du mich anders willst, meinetwegen. Und denn," er trat vertraulich näher, „det andere — det war ja man Unsinn. Mach nicht etwa Gebrauch davon, man redt ja manchmal so wat hin —"

Er zog seine Tasche heraus, beutelte sie hin und her. Sie verstand ihn. Schweigend griff sie nach ihrer Börse und schob ihm zehn Mark hin.

„Hier! — Er wird dir ja jetzt wohl nichts mehr geben," sagte sie bitter.

„Quatsch," antwortete er, steckte sein Portemonnaie einstechend.

„Ich weiß was ich weiß," antwortete sie kalt, „du wirst mir das nicht mehr ausreden. In der Trunkenheit hast du die Wahrheit gesprochen, als du vor Schreck nüchtern wurdest, hast du gelogen."

„Quatsch," sagte er noch einmal, griff nach seinem Hut und warf die Tür hinter sich zu.

[illegible]

Frühgemüse u. Hülsenfrüchte.

Spinat: Die Frühjahrssaaten bringen nie volle Ernten, da der Spinat leicht aufschießt. Er muß darum im August und September gesät werden. Die Märzsaaten entwickeln sich nicht mehr so gut. Der Spinat, der große Blätter entwickelt, wird möglichst dünn gesät. Die Reihen müssen 25 Zentimeter entfernt sein. Spinat verlangt frische Düngung. Er wächst dann sehr üppig. Mit Jauche darf er nicht getrieben werden!

Erbsen: Die besten Früherbsen sind plattrunde Sorten, z. B. Mai-Königin, Saxonia, Ruhm von Viez, Grüne Folgeerbse. Die Erbsen gedeihen am besten auf solchem Land, das vor zwei oder drei Jahren frisch gedüngt wurde. Auf frisch gedüngtem Land schießen sie ins Kraut und erzeugen wenig Schoten. Die Erbsen sät man Anfang März in Reihen, die 40 Zentimeter Abstand haben. Entweder sät man die Samen einzeln, wenige Zentimeter von einander entfernt, oder je 3 auf Fingerlänge entfernt. Sie werden so tief gelegt, daß beim Abbrechen keine Körner herausgerollt werden. So sind sie vor Vogelfraß geschützt. Die jungen aufgehenden Triebe können wiederholt mit Erde bedeckt werden. Später werden sie von den Vögeln nicht mehr abgefressen, da sie einen bitteren Geschmack haben. Die hochwachsenden Sorten werden durch Reiter gestützt. Neuerdings wird ein Drahtnetz empfohlen, das man zwischen je 2 Reihen spannt. Die Erbsen brauchen viel Licht. Es dürfen aber nur zwei Reihen nebeneinander stehen. Die Zwischenräume zwischen den übrigen Erbsenreihen müssen einige Beete betragen, die mit niedrigem Gemüse bepflanzt werden. Man kann auch die Erbsen in Kästen vortreiben lassen. Haben sie 3 bis 4 Blätter entwickelt, dann werden sie ins Freie gepflanzt.

Bohnen: Die besten Sorten Buschbohnen sind: weiße Hinrichs Riesen, Alpha, Sachsa; Stangenbohnen: Phänomen, Don Karlos; Wachsstangenbohnen: Ideal, Butter, Wachs, Monstr. Die Buschbohnen sät man erst anfangs April nach dem Auspflanzen der übrigen Gemüsesetzlinge, 6 bis 7 Samen in Töpfe von 8 bis 10 Zentimeter lichter Weite in gute Komposterde. Die Töpfe werden ins Mistbeet gesetzt und später nach der Abhärtung, Anfang Mai, wenn keine Fröste mehr zu befürchten sind, ins freie Land gepflanzt. Werden sie ins freie Land direkt gesät, so darf das erst Anfang Mai erfolgen. Die Entfernung der Reihen beträgt 50 Zentimeter, in den breiten sollen die Pflanzlöcher 40 Zentimeter von einander entfernt sein. Die Löcher sind 4 Zentimeter tief. In jedes Loch kommen 3 Bohnen. Wird enger gesät, so beschatten sich die Pflanzen gegenseitig und setzen keine Schoten an. Die Schoten müssen geerntet werden, wenn sie beim Biegen leicht durchbrechen und noch keinen Körneransatz zeigen.

Anolphabeten



Deutschland	England	Frankreich
2	100	320

auf je 10,000 Rekruten

Lesen können sie nicht, schreiben können sie nicht, aber im Schimpfen sind sie uns über.

Anfangs bis Mitte März sät man noch Petersilie. Die Radieschen säe ich vom März bis Juni. Bei Frühkulturen müssen die Beete geschützt werden. Am Rande der Beete bringt man Bretter und Erdwälle, 10 bis 12 Zentimeter hoch, an. Dadurch werden die Beete vor dem Austrocknen geschützt. Vor dem Ausjäten dünge ich mit guter Komposterde, die untergegraben wird. Die Retticharten sollten erst in der zweiten Hälfte des April gesät werden, da der Frost das Schießen der Rettiche verursacht. Auf einem 1,20 Meter breiten Gartenbeete werden 5 bis 6 Reihen gesät. Meist macht man mit dem Finger oder mit dem Sohlholz 3 Zentimeter flache Gräbchen und legt in jedes 2 Samenkörner. Salat kann schon im März gesät werden.

Zeichnungen für die sechste Kriegsanleihe.

Städtische Sparkasse Berlin 60 Millionen; Rheinische Bauern-Genossenschaftskasse Köln, für sich und die angeschlossenen Gen. vorläufig 20 Millionen; Bergwerksgesellschaft Georg von Giesche's Erben, Breslau 11 Millionen; Städt. Sparkasse Osnabrück 10 Millionen; Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt 10 Millionen; Spar- und Darlehnskasse des Landkreises Köln 10 Millionen; Gothaer Lebensversicherungsbank für Deutschland 8½ Millionen; Städtische Sparkasse Stettin 6 Millionen; Gewerkschaft Lothringen, Gerthe 3 Millionen; Feuerversicherungsgesellschaft Colonia 3 Millionen; Magdeburger Lebensversicherungs-Gesellschaft 3 Millionen; Tiefbau-Berufsgenossenschaft Berlin-Wilmersdorf 3 Millionen; Rasselsteiner Eisenwerks-Ges. m. b. H. 2½ Millionen; Hasper Eisen- und Stahlwerk 2 Millionen; Kreissparkasse Ahrweiler 2 Millionen; Deutsches Lagerhaus, Posen 1½ Millionen; Maschinenbau-Anstalt vorm. Th. Flottmann A.-G. Gassen i. Lausitz 1 200 000 Mk.; Straßeneisenbahn-Gesellschaft Hamburg für sich 1 Million, für ihre Altersversorgungskasse 200 000 Mk. = 1 200 000 Mk.; Kabelwerk Rheydt A.-G. 1 Million; Bezirkssparkasse Nidda in Hessen 1 Million; Brauchtechnische Maschinenfabrik A.-G. vorm. L. A. Enzinger, Worms, Berlin und Breslau ¾ Million; Ledergroßhandlung Jacques Koppel & Berlin ½ Million; Altonaer Margarine-Werke Mohr & Co. ½ Million; Versorgungskasse Ver. Reedereien, Hamburg, Godhard & Co. ½ Million; Colonia, Rückversicherungs-Gesellschaft ½ Million; Poetter G. m. b. H. Düsseldorf ½ Million; Pahlsche Gummi- und Asbest-Ges. m. b. H. Düsseldorf ½ Million; Pahlsche Stiftung für Angestellte und Arbeiter 100 000 Mk.; Betriebskrankenkasse der Pahlschen Gesellschaft 30 000 Mk.; Pongs Spinnereien und Webereien A.-G. 300 000 Mk.; Deinhard & Co., Sektkellerei Koblenz 300 000 Mk.; Felser & Co., Kön-Kalk ¼ Million; H. Jonas & Stierstadt, Köln 200 000 Mk.; S. Gernsheim Söhne G. m. b. H., Worms 200 000 Mk.; Mecklenburgische Hypotheken- und Wechselbank, Schwerin 25 Millionen; Landesversicherungsanstalt Berlin 25 Millionen; Provinzialverband Hannover einschließlich Hann. Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft 12 Millionen; Städtische Sparkasse München-Giesbach 4 Millionen; Metallwarenfabrik L. Busch, Mainz 3 Millionen; Wanderer-Werke, A.-G., Chemnitz 3 Millionen; Bittener Stahlröhren-Werke 2 Millionen; Sparkasse Posen 2 Millionen; Städtische Sparkasse Wülfrath 1¾ Millionen; Generalkonsul Frhr. Max v. Goldschmidt-Rothschild, Frankfurt a. M. 1½ Millionen; Munitionsmaterial- und Metallwerke Hindrichs-Auffermann, A.-G. 700 000 Mark; Siegmund Weinberg i. Fa. Weinberg u. Goldberg, Köln-Bayenthal 100 000 Mk.; Frankfurter Geburtstagsspende (Kriegsfürsorge-Abteilung) 100 000 Mark.